



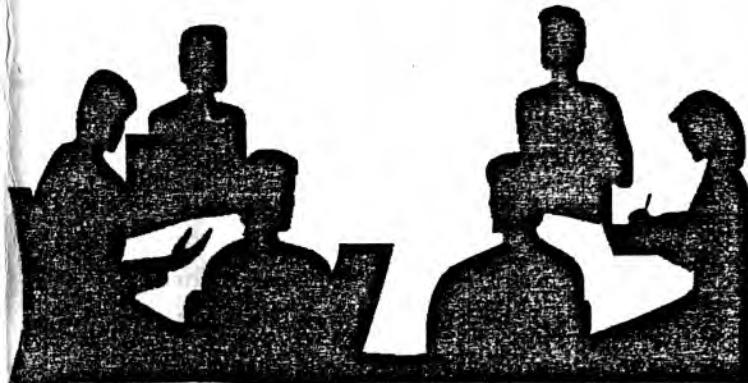
zirkular

Wildcat

Archiv



- 4 Rassismus etc
- 9 1.Mai - Rede
- 11 zu Europa
- 16 Treblinka, Buchbesprechung
- 18 GM in Mexiko
- 19 Berichte aus dem Inneren des Motors
- 24 Berlin: Bauarbeiter
- 30 Erwerbslose Frankfurt
- 33 Tuzla

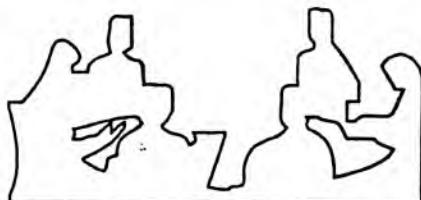


Sisina
Postfach 360 527
10975 Berlin
Tel: 030/6121848

Sisina
Postfach 301 206
50782 Köln
Wildcat
Postfach 306 325
20229 Hamburg

Wildcat
im Friedensbüro
M2, 15b
68161 Mannheim
Tel+Fax: 0621/6295271

Postlagerkarte
17 26 49 E
7800 Freiburg



Konferenz zu

Krise/ Boom und revolutionäre Politik

ORGANISATORISCHES

TAGUNGSSORT: Haus der Jugend Biedenkopf (Jugendherberge)
Am Freibad 15
D-35216 Biedenkopf
Tel: 06461-5100 Fax: 06461-2425
(wir sind bereits ab Mittwochabend, ca 19.00
Uhr dort zu erreichen)

OFFIZIELLER (!)

VERANSTALTER: Herr Salomon (Gewerkschaftsinitiative)

ANREISE: Donnerstag (ist in vielen Bundesländern
Feiertag!), 2. Juni, bis ca 17.30 Uhr.
Das Abendessen ist für 18.30 Uhr bestellt.

ZÜGE von Süden: ab Frankfurt 15.22 Uhr oder 16.22 Uhr
an Marburg 16.33 Uhr 17.20 Uhr

Überland-Busse: ab Marburg 17.25 Uhr 17.25 Uhr
an Biedenkopf 18.16 Uhr 18.16 Uhr

ZÜGE von Norden: ab Kassel 15.29 Uhr oder 16.19 Uhr
an Marburg 16.33 Uhr 17.31 Uhr

ab Marburg Bus 17.25 Uhr (danach fährt kein Bus mehr nach B.)
an Biedenkopf 18.16 Uhr
(ab Biedenkopf Bahnhof könnt Ihr in einen
Stadtbus steigen, bis zur Haltestelle "Kath.
Kirche", Ihr könnt aber auch zu Fuß gehen)
Biedenkopf liegt ca 30 km nordwestlich von
Marburg (Marburg ist ca 80 km nördlich von
Frankfurt).

AUTO:

Wir sind auf dem Treffen 70 Personen aus der BRD und Österreich. Zur gegenseitigen Information, als Beitrag zu einer lebendigen Debatte und als Einstieg in die Themen der Diskussion des gesamten Treffens bitten wir Euch, für den Donnerstagabend kurze Beiträge vorzubereiten: woher kommt Ihr, in welchen Zusammenhängen/Gruppen arbeitet Ihr, inhaltliche Schwerpunkte (welche Erfahrungen habt Ihr gemacht, Fragen/Probleme, wo seid Ihr an Grenzen gekommen), was ist Euer konkretes Interesse am Treffen in Biedenkopf?

Dabei muß nicht jede/r Einzelne reden, es kommen recht viele Leute mit mehreren aus einer Stadt/Gruppe.

Wenn diese "politische Vorstellungsrunde" gut läuft, haben wir eine bessere Grundlage für die weitere Diskussion.

Das Haus der Jugend (Jugendherberge)

ist innerhalb Biedenkopfs ausgeschildert.

SPORT: ein Schwimmbad ist 5 min. entfernt; ansonsten: Tischtennis, Volleyball, Basketball, Fußball (laut Jugendherbergsprospekt sind in der Nähe alle ärztlichen Fakultäten vorhanden)

GETRÄNKE: wir sorgen für Kaffee, Tee, Bier, Wein, etc

SCHLAFEN: Laken, Bettbezug und Kissenbezug mitbringen, keine Schlafsäcke; Leihen kostet 6.-DM;

VIDEOS/BÜCHER: bringt Euer Material mit, wir haben ein VHS-Gerät und einen Fernseher zur Verfügung

KOSTEN: 130.-DM für Übernachtungen und Verpflegung, dazu kommen die Getränke; bitte Bargeld mitbringen;

ABREISE: Sonntagmittag, 5. Juni, ab 14.00 Uhr

ZÜGE nach Norden: ab Marburg 15.22 Uhr
an Kassel 16.31 Uhr

ZÜGE nach Süden: ab Marburg 15.33 Uhr
an Frankfurt 16.35 Uhr

(von Biedenkopf nach Marburg muß mensch am Sonntag mit dem Auto fahren; vermutlich kein Problem, daß alle Leute mitgenommen werden).

Wir drucken den Text des 'Morgenland' ab, weil wir von einem Teilnehmer des Junitreffen ausdrücklich darum gebeten worden sind. Da das Zirkular morgen auf die Post muß, hier nur ein kurzer Diskussionsbeitrag.

Auch ich denke, daß ohne eigenständige Selbstorganisierung von MigrantInnen (die allerdings auch jede Menge Interessenunterschiede haben und teilweise auch austragen) die Arbeit von Flüchtlingsgruppen und Antifa-Initiativen schnell in Sackgassen gerät. Ich verstehe die Wut der Leute vom Cafe Morgenland und finde es richtig, wenn sie sich nicht mehr nur verteidigen wollen. Ich hoffe aber, daß die Positionen des 'Morgenland' kein "gutes Beispiel" für den "Prozeß der Selbstorganisation" ist.

Ohne damit auch nur einen einzigen rassistischen Überfall o.ä. zu beschönigen oder herunterzuspielen (dafür hatten wir schon genügend eigene Auseinandersetzungen mit verschiedensten Arten von Faschos), finde ich den Text oberflächlich, pauschalisierend, in großer Nähe zu rassistischem Denken, politisch in die falsche Richtung weisend:

- daß der Geburtstag von Hitler in vielen (wievielen ?) deutsche Familien gefeiert wird, sagt eigentlich nur, daß es hier Nazis gibt.

- daß "das deutsche Proletariat" mitgeholfen hat, die 73er Streiks in den Autofabriken niederzuschlagen, ist schlichter Blödsinn. Es gab in diesen Streiks rassistische Spaltungen, aber auch eine Menge gemeinsamer Kämpfe von ArbeiterInnen verschiedener (auch deutscher) Nationalität, nur spielte die dann keine Rolle mehr. - Im Moment ist z.B. in den Fabriken der Haß zwischen Kurden und Türken ein großes Problem. Rassismus ist kein Privileg der Arbeiter mit deutschem Paß.

- wenn zwischen "Karnevalskasen" und der deutschen Kultur, die "nach Gas und weltweiter Ausbeutung" riecht, gerade drei Sätze liegen, fehlen schlicht die Argumente.

- die Aussage, Deutsche seien wegen ihrer Staatsbürgerschaft und Herkunft potentielle Mörder, ist schlicht dummes Zeug und wenn die VerfasserInnen zwei Absätze später feststellen, die Geschichte habe uns gelehrt, daß diese "Population (= gesamte Bevölkerung, Artbestand) ... ihre Pogrome und Aufspüraktionen gegen das Objekt ihrer Begierde weiterhin (...) veranstalten" werden, dann behaupten sie, den Rassismus (samt der Absicht der industriellen Massenvernichtung von Menschen) in irgendwelchen geheimnisvollen Erbanlagen der Deutschen gefunden zu haben.

Zu welchen Verrenkungen solche biologistischen, unhistorischen Einschätzungen führen können, sei am folgenden Zitat gezeigt: "Auch wir unterstützen den Hungerstreik der 'Kämpels' (von Bischofferode, d.V.). Wir sind sogar dafür, daß dieses 'Kampfmittel' auch bei vielen anderen Kämpfen des 'deutschen Proletariats' eingesetzt wird. Unsere Begründung ist allerdings rein biologisch: mit geschwächtem Körper ist es schwierig, Flüchtlingsheime anzuzünden." (Morgenland, aus Bahamas Nr.12, 1993/94, S.25)

Die Herausgeberin der 'Bahamas', die Gruppe K (ehemals Kommunistischer Bund), meint, Texte wie der eben zitierte (vom 3. Oktober 1993) verdienten bundesweite Verbreitung, weil er u.a. "Bischofferode als Wallfahrtsort und Hoffnungsträger vieler deutscher Linker' erbarmungslos demontiert."

Wer überprüfen möchte, ob es in der wildcat "deutsche Hoffnungen" auf Bischofferode gab, kann dies in der Nr. 62 (September/Oktober 1993) tun.

N. 15.5.1994

Hi, liebe Wildcatleute,

Ich wollte Euch diesen Redebeitrag senden, der auf der MigrantInnendemo am 20.4.94 in Berlin gehalten worden ist. Ich würde es gut finden, wenn er im Zirkular abgedruckt wird. Diese Rede stammt aus dem Kontext der momentan entstehenden MigrantInnenselbstorganisation und ist ein gutes Beispiel für deren Ansatz: Nicht mehr Opfer sein, keine Almosen oder Mitleid - Respekt und Gleichberechtigung lässt sich nur erkämpfen!

Ich halte das für den einzigen gangbaren Weg und insofern lässt diese Rede und der Prozeß der Selbstorganisation nur hoffen!

M.

Redebeitrag für die Demo am 20. April 1994 in Berlin

(gehalten von einem Vertreter des 'Morgenland' aus Frankfurt, abgetippt in Bremen am 22.4.94)

Wir protestieren heute gegen die Kriminalisierung des MigrantInnen-Widerstandes, die durch die Verhaftung und Verfolgung von antifaschistischen MigrantInnen im November vergangenen Jahres ihren Höhepunkt erreicht hat.

Wir demonstrieren heute unsere Entschlossenheit alles uns mögliche zu tun, um ihre Freilassung sowie die Einstellung aller gegen sie laufenden Verfahren zu erreichen.

Seit November 1993 sitzen 5 antifaschistische MigrantInnen im Knast. Ihnen wird gemeinschaftlicher Mord an G. Kaindl vorgeworfen. Unabhängig davon, wer diese Aktion durchgeführt hat, kann, durch die wenigen Tatsachen, die zu diesem Fall bekannt geworden sind, eine Klassifizierung als Mord ausgeschlossen werden. Es ist wichtig, daß wir am 20. April 1994 unsere Solidarität mit den gefangenen und verfolgten AntifaschistInnen zeigen.

Im Laufe der Ermittlungen konzentrierte sich der Staatsschutz auf die MigrantInnen-Initiative "Antifasist Gençlik". Der Mordvorwurf war ein gelungener Anlaß für den Staatsschutz um mit allen Mittel der Repression, die Selbstorganisierung von MigrantInnen zu zerschlagen. Dafür standen die verhafteten und verfolgten MigrantInnen. Diese Selbstorganisierung war dem Staat und seinem Repressionsapparat ein

Dorn im Auge.

Auch dieses Jahr steht der 20 April unter dem gleichen Vorzeichen. Die Zahl der Opfer und Angriffe des rassistischen Wahns hat sich deutlich vermehrt. Sechzig Tote und an die 10.000 Angriffe in den letzten 4 Jahren. So sieht die rassistische Bilanz in diesem Lande aus. Es werden wieder Drohungen von Nazis gegen uns MigrantInnen ausgesprochen.

Der 20. April ist der Geburtstag des 'Führers' von Nazideutschland. Die Nazis nehmen jedes Jahr bundesweit diese Gelegenheit wahr, ihren nazistischen und rassistischen Terror gegen MigrantInnen und Flüchtlinge auszuführen. Die Angriffe haben sich seit Hitlers 100sten und besonders seit dem Fall der Mauer verstärkt.

Mit dem Fall der Mauer, die sich für uns MigrantInnen im Nachhinein als Schutzwall vor dem vereinigten Großdeutschland entpuppt hat, waren wir dem neuen Nationalgefühl und dem offenen, staatlich geschrüten Rassismus ausgeliefert.

Wir gehen heute auf der Straße, um deutlich zu machen, daß der Geburtstagstradition in Deutschland unsere Tradition des MigrantInnen-Widerstandes und der Selbstorganisierung entgegengesetzt wird. Die Feiergäste sind nicht nur die Nazihorden. Seit langem feiern viele deutsche Familien

an einem solchen Tag wie heute den Geburtstag von Hitler. In Gartenfesten sowie in Familien- und Verwandtenkreisen. Die Täter von Hünxe gaben in ihrer Vernehmung an, durch solche Geburtstagsfeiern in ihren Garten aufgewachsen und geprägt worden zu sein.

Deswegen setzen wir unsere Tradition entgegen. Die Tradition der Berliner MigrantInnen, die jedes Jahr, seitdem die Mehrheitsdeutschen ihre Identität wiedergefunden haben (Wiedervereinigung) auf der Straße offensiv Widerstand leisteten und leisten.

Es ist die Tradition unserer Mütter und Väter, die vor über 20 Jahren in den Fabriken von Ford, Opel und anderswo in selbstorganisierte Streiks eingetreten waren, die sog. "Wilde Streiks" organisierten, die die damalige BRD erschütterten. Damals wurde der begonnene Widerstand und die Selbstorganisierung durch die Volksfront von deutscher Polizei, deutschen Unternehmern, deutschen Gewerkschaften und deutschem Proletariat mit den Mitteln des Rassismus blutig niedergeschlagen bzw. unterbrochen. Heute wird diese liegengebliebene Arbeit fortgesetzt.

Eine andere Wahl haben wir nicht: Entweder wir machen unsere Geschichte selbst oder wir lassen sie andere für uns machen. Wir haben uns für das erste entschieden. Unser Problem ist nicht ob die Mehrheit der Deutschen ausländerfeindlich oder ausländerfreundlich ist. Unser Problem ist, daß sie überall sind:

Wir haben sie als Familienväter und -mütter in Mannheim-Schönau erlebt, als sie die dort lebenden Flüchtlinge zwei Wochen lang attackierten und sie zu lynchten versuchten.

Wir haben sie in Rostok-Lichtenhagen als arbeitlose Werftarbeiter getroffen, als sie sich anschickten Roma und Sinti zu verbrennen.

Wir standen ihnen in Hoyerswerda gegenüber, als sie die BewohnerInnen des dortigen Flüchtlingsheimes angriffen und vertrieben.

Wir haben sie neulich in Lübeck gesehen, wo sie anlässlich des Brandanschlags auf die dortige Synagoge Fackelzüge organisieren wollten. Sie wurden durch die Intervention der dortigen Jüdischen Gemeinde unterbunden.

Wir haben ihre Visagen auf der A5 als Autofahrer gesehen, als ihre "freie Fahrt" durch den Protest der KurdInnen behindert wurde und ihre mörderische Ansichten vor laufenden Kameras freien Lauf ließen: Zitat: "Wir wissen wie das Kurden-Problem gelöst werden soll. Ins Flugzeug stecken und über der Adria rauswerfen".

Wir haben ihre Polizei in Fulda beim Schutz von Nazi-Aufmärschen gesehen, während sie bei den Protesten von KurdInnen in bester Tradition zu Taten übergingen, die unsere Phantasie verblüffen ließen: Sie stoppten am 23.3.94 die S-Bahn von Wiesbaden nach Höchst auf freier Strecke und führten eine Selektion der Fahrgäste durch. Die Deutschen haben sie laufen lassen, die Kurdinnen wurden in einen Wagon eingesperrt, mit Tränengas und Feuerlöscher besprührt, zusammengeschlagen, sowie Schäferhunde auf sie geetzt. Anschließend wurden sie an einen uns zunächst unbekannten Ort deportiert.

All das in einem deutschen Zug, mit deutschen Polizisten und deutschen Schäferhunden im Jahr 1994 in Deutschland.

Und wir erleben sie täglich. Wie sie leben und leben - überall. Betroffen oder besoffen. Mit ihren informellen Strukturen (Stammisch und Familienkreise) und ihren Sprüchen. In der U-Bahn und auf der Straße. Als Nachbarn und als Zuschauer. Als rassistische politische Elite - längst bei allen Parteien ohne Ausnahme. Die einen als Pogrombefürworter, die anderen als Po-

gromrechtfertiger. Die einen als Abschieber und Menschenjäger, die anderen als Quotierer und Ökorassisten.

Manche von der ausländerfreundlichen Sorte drohen uns sogar mit multikulturellen Konzepten. Das Gefährlichste daran ist, daß in diesen Konzepten auch die deutsche Kultur gemeint ist. Nun, wir kennen sie ausreichend. Von Karneval-Ekstasen und von Bierzeltefeierlichkeiten. Von Fackelzügen und Lichterketten bis zur Goldberger Volksgemeinschaften. Von der schleimigen und unterwürfigen Haltung, wenn sie als einzelne auftreten, und von der wütenden Meute, wenn sie als Rudel sich formieren.

Vorläufig letzte Ausgabe deutschen Kulturgutes, der Film "Beruf: Neonazi".

Egal wie linksliberal sie sich einstufen: Geil auf solche Filme sind sie alle. Dafür sind sie sogar bereit MigrantInnen, die die Eingänge von Kinos blockieren, zu verprügeln. Solche Kultur kotzt uns an. Sie riecht nach Gas und weltweiter Ausbeutung.

Auch wenn wir für die Gleichheit in der Differenz eintreten: Uns von diesem Menschenschlag zu unterscheiden, darauf legen wir großen Wert.

Angesichts dieser Situation "im Land der Deutschen" wie die Schönhubers sagen, erscheinen uns die Appelle der selbsternannenden Ausländer-VertreterInnen, die uns mal raten, mal bedrohen unseren Widerstand sein zu lassen mehr als fraglich.

Es sind die Stimmen einer gescheiterten Politik von etablierten MigrantInnen, die längst schon mit ihren Integrationsmodellen und der ständigen Kollaboration mit den deutschen rassistischen Parteien und Institutionen vor einem Scherbenhaufen stehen. Ihre bisherige Politik ähnelt dem Bild des hungrigen Menschen, dessen Döner schon beim ersten Biß in die Scheiße gefallen ist.

Für irgendwelche Neuauflage in Form von doppelter Staatsbürgerschaft und Einbürge-

lung ist es längst zu spät. Eine Integration der Opfer mit ihren potentiellen Mörtern ist lebensgefährlich. Aber auch das Warten und Hoffen auf humanitäre Einsichten seitens der Herrschenden in diesem Land verewigt nur den Zustand der ständigen Bedrohung und Abschiebepraxis.

Diese Angebote sind die Angebote von Herrschenden an ihre unruhig gewordenen Untertanen. Es sind Angebote zur Klassifizierung des rassistischen Normalzustandes gegen Flüchtlinge und andere MigrantInnen. Es ist an der Zeit zu verstehen wo wir leben: in einem feindlichen Hinterland.

Deswegen lehnen wir solche Angebote ab. Aber auch weil die Geschichte uns gelehrt hat, daß kein formaljuristischer Akt diese Population daran hindern wird, ihre Pogrome und Aufspüraktionen gegen das Objekt ihrer Begierde weiterhin zu veranstalten. Das tödliche Ende von hunderttausenden deutscher Juden hat dies deutlich gezeigt.

Es bleibt uns nichts anderes übrig als unsere Selbstorganisierung und unseren Selbstschutz voranzutreiben. Als den eigentlichen Garant für die Möglichkeit hier in Deutschland zu überleben bzw. als Menschen behandelt zu werden.

Angesichts der aus- und gleichgeschalteten Opposition auch in ihren radikalsten Ausformungen, angesichts der Normalisierung des rassistischen Status-Quo in Deutschland auf hoher Ebene rufen wir alle MigrantInnen und Flüchtlinge auf, die eigenen Strukturen und den eigenen Schutz zu organisieren und entsprechend zu handeln.

Erst wenn wir klar rüber bringen, daß wir dafür sorgen werden, die Kosten für rassistisches Handeln möglichst hoch zu treiben, werden wir ernst genommen. Vorher läuft nichts aber gar nichts. Und es muß eine Selbstverständlichkeit werden, daß unser offensiver Selbstschutz gegen RassistInnen und Neonazis eine Überlebenspraxis ist. Sonst gar nichts.

Fast vier Jahre lang hat die deutsche Justiz, die deutsche Polizei, die deutsche Politik und die Mehrheit der deutschen Bevölkerung aktiv oder passiv an der Ermordung, Diskriminierung und Erniedrigung von sog. AusländerInnen und Flüchtlingen mitgemacht. Sie stellen sich jetzt an, über uns Entscheidungen fällen zu dürfen: Wir erkennen den deutschen Institutionen das Recht ab, über unseren Widerstand Urteile zu fällen.

Deswegen, aber auch weil unsere FreundInnen genau 180 Tage zu viel in den Gefängnissen sitzen, fordern wir deren sofortige Freilassung und Einstellung aller gegen sie und gegen die anderen Verfolgten laufenden Verfahren.

Wie es mit diesem Land weitergeht, wissen wir nicht. Ob es dem Land wirtschaftlich gut oder schlecht gehen wird, ist uns inzwischen scheißegal. Der Ausgang des Super-Wahljahres '94 ebenfalls. Eine nennenswerte Opposition ist nicht in Sicht. Die meisten deutschen Linken haben längst andere Sorgen: Sie wollen das Land wohnlicher machen und ihre Landsleute therapieren. Wir haben längst ebenfalls andere Interessen. Sie richten sich einzügig und allein an all diejenigen, die den Weg bis hierher geschafft haben sowie an all diejenigen, die es noch vorhaben. Und es wird ungemütlich werden. Denn sie werden Haß, Hunger und Elend mitbringen. Die Frage, ob das Land all die Leute verkraften kann, wird von uns umgekehrt gestellt: Können die MigrantInnen und Flüchtlinge 80 Millionen Deutsche auf ein Schlag verkraften?

Wir wissen das nicht. Was wir aber wissen ist, daß wir bei den MigrantInnen nicht um Verständnis werben werden.

Jean Amery prophezeite schon 1966 in sein Aufsatz "Ressentiments": "Die große Revolution? Deutschland wird sie nicht nachholen, und unsere Nachträgerei wird das Nachsehen haben. Das Reich Hitlers wird zunächst weiter als ein geschichtlicher Be-

triebsunfall gelten. Schließlich aber wird es Geschichte schlechthin sein, nicht besser und nicht übler als es dramatische historische Epochen nun einmal sind, blutbefleckt vielleicht, aber doch auch ein Reich, das seinen Familienalltag hatte. Das Bild des Urgroßvaters in SS-Uniform wird in der guten Stube hängen, und die Kinder in den Schulen werden weniger von den Selektionsrampen erfahren als von einem erstaunlichen Triumph über allgemeine Arbeitslosigkeit..."

Was 1933 bis 1945 in Deutschland geschah, so wird man lehren und sagen, hätte sich unter ähnlichen Voraussetzungen überall ereignen können - und wird nicht weiter insistieren auf der Bagatelle, daß es sich eben gerade in Deutschland ereignet hat und nicht anderswo...

Aber die solcherart vollzogene Ermordung von Millionen wird als bedauerlich, doch keineswegs einzigartig zu stehen kommen - neben der mörderischen Austreibung der Armenier durch die Türken oder der schändlichen Gewaltakte der Kolonialfranzosen. Alles wird untergehen in einem summarischen 'Jahrhundert der Barbarei'. Als die wirklich Unbelehrbaren, Unverlöschlichen, als die geschichtsfeindlichen Reaktionäre im genauen Wortverstande werden WIR dastehen, die Opfer, und als Betriebspanne wird schließlich erscheinen, daß immerhin manche von uns überlebt haben. Ich fahre durch das blühende Land, und es wird mir immer weniger wohl dabei."

In diesem Sinne:

- Für das freie Fluten und Fluchen
- Freilassung der Berliner MigrantInnen und Einstellung aller Verfahren
- Keine Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes. Keine Abschiebung von Kurden in die Türkei.
- Schluß mit der Kriminalisierung von MigrantInnenwiderstand
- Scheiß Deutschland!

**Revolution oder Tod!
Kommunismus oder Barbarei!**

Revolution und Kommunismus stehen auf der Tagesordnung, sie sind die wirklichen Alternativen zu Untergang und Barbarei. Wir brauchen Euch nicht zu schildern, wie schlimm der Kapitalismus ist. Und wir können nicht auf die Schnelle ausmalen, wie der Kommunismus funktionieren wird. Aber wir können ein paar Hinweise geben, warum der Kapitalismus so ist, wie er ist und wo wir den Hebel ansetzen müssen, um ihn zu überwinden.

Im Kapitalismus ist alles Ware - Gebrauchsgüter ebenso wie Dienstleistungen, das tägliche Brot so gut wie körperliche oder geistige Gesundheit. Alles ist käuflich und verkäuflich, alles tauscht sich gegen Geld. Aber auch das Geld ist nur eine Ware. Es ist universelles Tauschmittel, Zeichen für die allgemeine Ausbreitung der Warenform bis in die letzte Lebensäußerung.

Auch die menschliche Arbeitskraft ist eine Ware - aber eine besondere, eine, die es in sich hat. Auf dem Arbeitsmarkt verkauft der Mensch nicht sich selbst, er verkauft sein Arbeitsvermögen. Seine Arbeitskraft steht dann nicht mehr ihm selbst zu, sondern einem anderen, dem Chef, dem Konzern, letztlich dem Kapital. Bei diesem Ankauf geschieht kein besonderer Betrug. Zumindest hier, im entwickelten Kapitalismus, erhalten wir einen echten Gegenwert, den Lohn.

Die Nutzung der angekauften Arbeitskraft ist die Verwertung des Kapitals, der Prozeß, bei dem aus Geld mehr Geld wird. In der Produktion von Waren entstehen Wert und Mehrwert. Keine Maschine, keine Technologie, kein Marketing produziert auch nur ein Fünkchen Wert und erst recht nicht den Mehrwert. Das kann nur die Verwandlung der lebendigen Arbeit in Autos, Lebensmittel oder Kleidung, in Waren eben.

Der Mehrwert ist das einzige treibende Moment des Kapitalismus. Der Verkauf der produzierten Waren realisiert den Mehrwert in Form des Profits. Kapital interessiert sich nicht für Bedürfnisse, es ist ihm gleich, ob die Waren Panzer oder Traktoren sind, Biogemüse oder SchnickSchnack. Nur die Aneignung fremder Arbeit treibt das Kapital an und um, alles andere ist nur Mittel zum Zweck, dient nur der Verwandlung des Mehrwertes in neues Geld.

Folglich sind Arbeitskraft und ihre TrägerInnen - also die Menschen - unnütz, wo ihre Anwendung für das Kapital nicht verwertbar ist. Dies ist heute für eine Minderheit in den Metropolen, den westlichen Industriestaaten, der Fall. Es ist schon immer der Fall für die Mehrheit der Menschen im Trikont, der sogenannten Dritten Welt. Arbeitslosigkeit, Not, Hunger, Verwüstung liegen in der Logik des kapitalistischen Weltmarktes. Er kennt kein anderes Kriterium für den Wert des Menschen als seinen Nutz oder Unnutz für die Verwertung.

Alle Forderungen nach mehr Lohn, nach weniger Arbeit oder Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen, nach sozialen Garantien usw. sollen unser Los im Kapitalismus erträglicher machen. Sie sind im Rahmen des Systems - je nach unserer Stärke, je nach der Entwicklung im Klassenkampf - auch solange durchsetzbar, wie sie die Kapitalverwertung nicht zum Erliegen bringen. Sie können aber der Verwertungslogik nicht entgehen. Werden sie durchgesetzt, tragen sie dazu bei, daß hier die Bude dicht gemacht wird. Dann erhalten Menschen vielleicht in Korea, Indien oder China endlich die Chance , sich verwerten zu lassen.

Reformen sprengen das Warenausystem nicht, weil sie die grundlegende Warenbeziehung des Kapitalismus nicht aufheben können. Nur wenn die menschliche Arbeit keine Ware mehr ist, wenn die Arbeitskraft nicht mehr gegen Lohn an andere verkauft wird, kann es eine Überwindung des Kapitalismus geben. Der realexistierende Sozialismus ist gerade daran gescheitert, daß er die Kategorien Geld, Ware, Lohn nicht angegriffen hat. Dieser Weg zum Kommunismus war zum Scheitern verurteilt. Letztlich hat er historisch die engen Grenzen der Reformierbarkeit der Warenausellschaft gezeigt.

Der Kapitalismus selbst kann nie "gerechte" Lösungen hervorbringen, weder für soziale Fragen noch für die Entwicklung politischer Emanzipation noch für die Eindämmung der globalen Umweltprobleme. Die Verwertung wird stets getrieben von der Konkurrenz, von der Suche nach den günstigsten Bedingungen, von der Ausnutzung und Herstellung von Ungleichgewicht und Ungleichheit. Nur Freiheit garantiert das Kapital: Die Freiheit der Menschen, ihre Arbeitskraft verkaufen zu können - also nicht Sklave zu sein. Und gleichzeitig nichts anderes als Arbeitskraft verkaufen zu können, also frei zu sein, freigesetzt zu sein von allen anderen Möglichkeiten, das eigene Leben zu sichern. Gleiche Chancen, gleicher Reichtum, gleiche Verteilung sind dem Kapital fremd. Solange wir unsere Arbeitskraft zu Markte tragen, sind wir Teil der weltweiten innerkapitalistischen Marktkonkurrenz. Was viele für Auswüchse halten - Kinderarbeit, Kriege, Raubbau, Diktaturen usw. usf. - waren von Anfang an die normalen Geschäftsbedingungen kapitalistischer Verwertung.

Die großen zivilisatorischen Leistungen des Kapitalismus erschöpfen sich in der Garantie der formalen Freiheit und in der Entwicklung einer fortgeschrittenen Technologie. Heute stehen wir an der Schwelle zur kapitalistischen One World und damit an der Schwelle zum Abgrund. Die Warenausellschaft wird sicher noch für einige Zeit funktionieren, ohne daß wir hierzulande gleich verhungern. Ihre Kriege werden noch vorzugsweise im Trikont ausgetragen, aber sie rücken näher. Die Festung Europa kann sich noch die Massen vom Leibe halten, die ihre einzige Chance darin sehen, endlich ihre Arbeitskraft verkaufen zu können, weil sie sonst nichts mehr haben. Noch können wir Luft atmen, Wasser trinken und uns sonnen, ohne gleich daran zu verrecken. Aber die Kapitallogik zerbricht an den inneren Widersprüchen, die sie gebiert und reißt die Menschheit in den Untergang. Oder sie wird überwunden und der Weg wird frei für eine weltweite Gesellschaft, die der Zerstörung, der Not, dem Hunger und der Unfreiheit ein Ende setzt. Die den Kern der Verwertung angreift und zerschlägt. Den Weg dahin nennen wir Revolution. Die Gesellschaft danach Kommunismus. Darüber werden wir uns verständigen müssen und dazu werden wir uns organisieren müssen - international. Das halten wir - neben allen Schwierigkeiten - auch für das Klare, das Einfache, das einzige Mögliche:

**Revolution oder Tod!
Kommunismus oder Barbarei!**

Im Dezember findet in Essen ein EU-Gipfeltreffen statt. Dagegen hat sich ein breites «Essener Bündnis» gebildet, mit den Resten der Avantgarde-Parteien, Überbleibseln der Bewegungen der 80iger, Grünen, verschiedenen Kulturzentren und einigen Autonomen. Geplant sind Aktionstage, Großdemo und Gegenkongress. Es gibt bereits eine Stellungnahme dieses Bündnisses, die Essener Standpunkte, wo alle bekannten Gründe gegen die EU auf Basis des Minimalkonsenses dargelegt werden.

Parallel zum Essener Bündnis hat sich eine linksradikale Koordination gebildet die, vor und zum Gipfel verschiedene Veranstaltungen und Aktionen plant. Zur Zeit steht die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema EU im Vordergrund. In diesem Zusammenhang steht auch der folgende Diskussionsentwurf.

Klassenkampf - Krise - Europa Thesen zur Europa Diskussion

Wenn im Nachfolgendem von »der Klasse« die Rede ist, dann sind damit alle die gemeint, die den kapitalistischen Reichtum produzieren, indem sie unbezahlte Arbeit verrichten und die, die dazu bestimmt sind. Also diejenigen, die den Antagonismus zum System der Ausbeutung darstellen. »Die Klasse« darf nicht als homogene Einheit gedacht werden. Sie ist in sich sexistisch und rassistisch hierarchisiert. Spannend wird es dort, wo sie sich als antagonistisch handelnde Subjekte konstituiert und beginnt auch die eigenen Spaltungslinien zu überwinden. Das ist der Ausgangspunkt für eine revolutionäre Analyse.

»Tatsache ist, das wir alle, egal, welches Geschlecht, welche Hautfarbe oder welche sexuellen Vorlieben wir haben oder was wir von der Erde halten, uns durch den kapitalistischen Raum bewegen; wir leben auf kapitalistischem Grund und Boden, wir essen kapitalistisches Brot, wir verausgaben die Energie unseres Körpers durch kapitalistische Arbeit. Alles ist eine Ware - das Wasser, das Land, sogar die Luft (saubere Luft z.B.) - und muß durch Arbeit erworben werden. Wir erfahren die Einheit des Kapitalismus sehr verschieden und manchmal scheinbar widersprüchlich, aber trotzdem ist es ein und derselbe Kapitalismus.« Midnight Notes

Der Prozeß der europäischen Formierung, mit dem ganzen Gezänk und Gerangel der nationalen herrschenden Klassen um Anteile, Quoten und Stimmrechte, vollzieht sich vor dem Hintergrund einer seit Anfang der 70er Jahre andauernden »Krise des Kapitalismus«. Unabhängig von konjunkturellen Auf- und Abwärtsbewegungen der Wirtschaft, ist die Gestaltung der Produktion und ihre Verlängerung in den gesamten Lebensalltag, als die Gesellschaft bestimmende Struktur, in die Krise geraten!

Die »soziale Marktwirtschaft« als das große Ding der Nachkriegsordnung bot der arbeitenden Klasse Einkommenszuwächse und soziale Absicherung gegen produktive Kooperation in den Groß-Fabriken. Die Forderungen und Kämpfe für mehr Lohn und weniger Arbeit und die Ausnutzung der Möglichkeiten des »Sozialstaates«, auch ohne Arbeit von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, BAföG usw. existieren zu können,

unterliefen den angebotenen Kompromiß. Die Übersetzung der Schutz-, Bildungs- und Einkommenszugeständnisse in Leistungsbereitschaft geriet ins trudeln. Das Verhalten der arbeitenden Klasse bzw. nicht arbeitenden Klasse erzwang hohe Ausgaben von Staat und Wirtschaft zur Finanzierung sozialer Garantien bei gleichzeitigem Rückgang der Produktivität. Diese innere Blockade der gewinnbringenden Verwertung von Arbeitskraft ist das, was die Krise ausmacht und wogegen das Kapital jetzt (und immer schon) den Angriff führt.

Bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen stehen einer leistungsorientierten Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft im Weg und müssen verschwinden. Richtige Dinosaurier im Sinne einer kapitalistischen Kosten-Nutzen-Rechnung sind die hochsubventionierten Kohle- und Stahlindustrien, mit ihren hohen Lohn- und Sozialgarantien. Die gesamte Gesellschaft soll effizienter reorganisiert werden. Aber eben nicht als eine große, die Klasse integrierende Fabrik, sondern als ausdifferenziertes Netz einzelner Werkstätten, mit abgestuften Einkommensgarantien und einem »Menschenmaterial«; je nach Verwertbarkeit, aufgespalten in »Leistungsträger« und »unbrauchbarem Müll«.

Der »Krisenangriff« vollzieht sich auf unterschiedlichen Ebenen. Mit der umgekehrten Parole der Kämpfe und Verhaltensweisen, die das Kommando des Kapitals in die Krise trieben, wird heute gekontert: Mehr Arbeiten und weniger Verdienen! Die aktuellen Tarifabschlüsse der um Kooperation bemühten Gewerkschaften sehen Lohnverzicht und flexibel ausweitbare Arbeitszeiten vor. Neue Formen der Arbeitsorganisation wie z.B. Gruppenarbeit sollen die Arbeit intensivieren und konfliktträchtige Betriebshierarchien abbauen. Hinter dem Zauberwort »Schlanke Produktion« verbirgt sich ein Management-Konzept, das möglichst viele Teilkomponenten eines Produktes von Zulieferbetrieben herstellen lässt und so den eigenen Produktionsaufwand und die damit verbundenen Risiken gering hält.

Solche Organisationsmodelle der Industrie werden zunehmend auch auf öffentliche Einrichtungen, Behörden und andere Bürokratien übertragen. Die tragen Labyrinthe der Verwaltungstätigkeit sollen aufgemischt werden und als neu zusammengesetzte, selbstverantwortlich wirtschaftende Abteilungen (»Profit-Center«) gegeneinander konkurrieren. Im Gesundheitswesen gibt es vergleichbare Entwicklungen.

Besonders die Errungenschaften des »Sozialstaates« welche als Abfederung individueller Risiken gedacht, die so beruhigte Klasse an die Arbeit schickten, erweisen sich jetzt wo sie in Anspruch genommen werden als Hindernis einer rationalisierenden Modernisierung. Die Kürzungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe und bei den ABM Löhnen (das Geschwätz vom »zweiten Arbeitsmarkt«), sollen zusammen mit anderen Zwangs- und Kontrollmaßnahmen gegen »Nicht-Erwerbstätige« selbst eine Niedriglohn-Beschäftigung attraktiver erscheinen lassen als die Inanspruchnahme staatlicher Hilfe. Die propagandistische Begleitmusik besorgt eine anhaltende Hetzkampagne gegen den »Leistungsmißbrauch« und das »Anspruchsdenken«. Einschüchterung und die Schaffung von Akzeptanz ist ihre Intention.

Die ohnehin schon ausgehöhlten Garantien eines »Normalarbeitsverhältnisses«

(eingeschränkter Kündigungsschutz, Zeitverträge usw.) geraten zusätzlich unter Druck durch die Konkurrenz von Subunternehmen, Werkvertragsarbeitern und der rassistisch verbilligten Arbeitskraft von MigrantInnen und illegalen Formen der Ausbeutung.

Der Rationalisierungsangriff auf die Gesellschaft als teilweise Auflösung und Neuzusammensetzung der Bedingungen von Verwertung, vollzieht sich auch in den anderen europäischen Ländern. Die Europäische Formierung ist nicht der Grund für die Durchsetzung eines neuen Effizienzdictates, in dem Sinne das die EU als planende Institution etwa für die Stillegung von Zechen verantwortlich zu machen wäre. Die Krise erwächst aus dem Inneren der kapitalistischen Gesellschaft und wird auch dort bekämpft. Die Zusammenarbeit der europäischen Staaten in bestimmten Bereichen scheint eher darauf ausgerichtet zu sein den Umbauprozess von Außen zu beschleunigen, indem wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändert werden!

Der Fetisch »Freier Markt« und darin das Moment der Konkurrenz wird mit dem Abbau von Handelsschranken im EU-Binnenmarkt bemüht. Und tatsächlich scheint die Zerlegung und Zurichtung von Staatsbetrieben, zu europaweit konkurrenzfähigen Privatunternehmen (z.B. Bundespost/Telekom), neben dem allgemeinem Rationalisierungsinteresse auch der anstehenden Auflösung von Monopolbestimmungen geschuldet zu sein. Bei anderen Absprachen auf EU-Ebene, wie etwa der Aushandlung von Förderquoten für Stahl, zeigen sich die einzelnen Mitgliederländer als Krisenkartell, zur möglichst »sozialverträglichen«, langsamen Abwicklung ihrer unprofitablen Stahlindustrien. (Von dem, was im Agrarbereich abläuft hab ich keine Ahnung.)

Der europäische Integrationsprozess ist auf der wirtschaftlichen Seite der Versuch der Herrschenden Klasse, der Krise entgegen zu steuern. Ihre Kooperation ist notwendig, weil der Handlungsspielraum zur Lösung der Krise (z.B. der finanzielle) im nationalstaatlichem Rahmen zu eng geworden ist.

Wie aber verhalten sich diejenigen, gegen die sich der »Krisenangriff« richtet und wie verhalten wir uns mit ihnen? Dem Selbstbewußtsein und Optimismus der späten 60er und frühen 70er Jahre steht heute eine tiefe Verunsicherung gegenüber. Die Kämpfe, die heute stattfinden, versuchen den Status Quo zu verteidigen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen Einkommensgarantien in Form von »Arbeitsplätzen«, der Erhalt sozialer Standards und erkämpfter Freiräume in den Betrieben. Existenzängste - sozusagen als die verinnerlichte Krise - treiben die Beschäftigten bedrohter Branchen mit teilweise widersprüchlichen Forderungen auf die Straße. Unter der Parole »Deutsche Kohle zuerst« verlangen die Bergleute ein Verbot der Importkohle.

Den auf einer symbolischen Ebene oft dramatisch geführten Kämpfen, etwa der Bergarbeiter, gelingt es nicht über punktuelle Mobilisierungen hinaus sich auszuweiten und zu einer »Bewegung« zu verallgemeinern. Im Interesse von Einzellösungen scheint der Blick der Akteure nur auf den eigenen Betrieb; die eigene

Branche gerichtet zu sein, auch wenn ihre Aussagen etwas Anderes versprechen. Und immer wieder gelingt es der Gewerkschaft trotz manchmal aufflammender Eigendynamik, die Kämpfe zu steuern und in ihrem Sinne als Kooperationspartner des Kapitals zu deeskalieren. Erstaunlich, wie wenig offene Reaktionen »Lohnverzicht« und der Zwang zur Mehrarbeit hervorrufen.

Auffällig ist, daß dort starke Proteste entstehen wo es relativ qualifizierten Hochlohn-Jobs an den Kragen geht, was wohl damit zusammenhängt, daß die bisher als besonders sicher galten (z.B. in der Luftfahrtindustrie: Deutsche Aerospace bei Bremen soll dichtgemacht werden). Daß die Rationalisierung quer durch alle Beschäftigungshierarchien geht ist ein Charakter des Krisenangriffs.

In der BRD ist der Abbau »überflüssiger« Kapazitäten, trotz aller Einschnitte, noch relativ sozial abgedeckt und zeitlich gestreckt (z.B. Vorruststand). Es gibt keine Massenentlassungen.

Schauen wir über die Grenze der Bundesrepublik hinaus, zeigen sich andere Situationen. In England ist die Konfrontation schärfer und die Ausdifferenzierung der Klasse tiefer. In Frankreich gibt es aktuell heftigen Widerstand gegen die Rationalisierungsangriffe. Die militanten Massendemonstrationen von Jugendlichen gegen das Billiglohn-Gesetz oder der ebenso erfolgreiche Streik bei Air France gegen ein angekündigtes Rationalisierungspaket, zeigen daß die Durchsetzung eines neuen Leistungzwangs auch an ihre Grenzen geraten kann.

Die Neustrukturierung der kapitalistischen Verwertung vollzieht sich nicht als reibungsloser Prozeß sondern ruft neu entstehende Kämpfe und Kräfteverhältnisse hervor, die das Gelingen des kapitalistischen Projekts offen lassen. In den sicher sehr widersprüchlichen Streiks und Blockaden der französischen Fernfahrer, im Juni 92, gegen »den Zwang zur Einhaltung der Verkehrsregeln« (Punkteführerschein), ist deutlich geworden das neue Organisationsmodelle der Produktion wie Just in Time empfindliche Angriffspunkte besitzen, gegen die sich auch neue Formen des Kampfes entwickeln können. Nicht umsonst sah sich die französische Regierung genötigt, das Militär einzusetzen um stillstehende Fabriken mit neuen Lieferungen zu versorgen.

Wenn das Wort vom »Europa der sozialen Revolution« nicht Dekoration einer nur scheinbaren politischen Radikalität bleiben soll, dann gehört die Frage nach den Hintergründen und Wirkungen des Klassenverhaltens, auch in all seiner Widersprüchlichkeit, mit ins Zentrum einer Anti-EU-Kampagne: Wie können wir uns ins Verhältnis zu diesen Kämpfen setzen und eingreifen, und wollen wir das überhaupt?

-m

Dietrich Schulze-Marmeling: Der gezähmte Fußball

Buchtip

Einsam setzte sich der junge Genosse in den Wald und weinte still vor sich hin. Keiner war da, der ihm in der bittersten Stunde seines Lebens beigestanden hätte. Am nächsten Tag - bei einer der legendären Schlachten um den Wald von Gorleben - stürzte er sich voll bitterer Wut und Verzweiflung immer wieder auf die Bullenketten, kämpfte mit rasendem Zorn, ohne Rücksicht auf seine eigene Unversehrtheit. "Was ist mit dem den los?", fragten sich erstaunt seine GenossInnen. "Ja wißt ihr denn nicht - gestern ist Werder abgestiegen!"

Glücklicherweise ist diese finstere Zeit vorbei, in der mensch (angeblich) mit seiner Fußballbegeisterung alleine auf weiter Feld und Flur stand. Vorbei die Zeit in der politische Treffen grundsätzlich samstags abends gegen 18 Uhr stattfanden. Und vorbei auch die pauschale Diffamierung aller Fußballfans als Nazis, Rassisten, hirnlose Schläger usw.

Seit einigen Jahren, u.a. begünstigt durch den furiosen Aufstieg von St. Pauli, gibt es immer mehr Linke, die nicht nur selber in die Stadien gehen, sondern sich auch differenzierter mit den Fans auseinandersetzen. Aber auch bei den Fans selber tauchen immer mehr Anti-Rassismus-Aufnäher und Transparente auf.

Ein sehr lesenswertes Buch über "den Fußball" sowohl für eingefleischte Fans als auch für blutige Laien hat Dietrich Schulze-Marmeling geschrieben. "Der gezähmte Fußball" bietet einen umfangreichen Überblick über die Entstehung des Fußballspiels an sich, verliert dabei nie die sozialpolitischen Hintergründe aus den Augen und unterzieht die aktuelle Entwicklung im Profifußball einer kritische Betrachtung. Gerade bei der historischen Entwicklung des Fußballspiels gibt es einige Überraschungen. Fußball war nie rein proletarisch, wie es einige Linke gerne hätten. In der frühen Geschichte des Fußballs gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den adligen "Sportsmen" und den Arbeitervereinen. Und die Entwicklung zum bezahlten Fußballspielen ist -wer hätte das gedacht- gerade von den proletarischen Kickern vorangetrieben worden.

Bei der Auseinandersetzung mit den Fans weisen Schulze-Marmeling und Co-Autoren zu Recht darauf hin, das das, was in den Stadien passiert, nichts weiter als ein Abbild der aktuellen gesellschaftlichen Situation ist. Und das Unbehagen, das immer noch viele Linke gegen Fußballfans hegen, ist im Grunde das gleiche Unbehagen, daß sie überhaupt gegen "die Proleten" empfinden.

Dietrich Schulze-Marmeling, Der gezähmte Fußball, Verlag Die Werkstatt.

Jean-François Steiner: Treblinka

Buchbesprechung

Eine Gegenoffensive, die Ärger bringt. Seit einiger Zeit erhält der Verlag Anrufe von Neonazis. Harald Kater hatte schon Marek Edelmans "Das Ghetto kämpft" herausgegeben, ein Buch über den Aufstand im Warschauer Ghetto, also über Ereignisse, die in Deutschland auch nach dem Zweiten Weltkrieg aus verständlichen Gründen nicht besonders breitgetreten wurden. Denn die Leute konnten damit leben, daß in der "Nazizeit" unverständliche Dinge vor sich gegangen waren, "aber man wußte davon ja erst später". Und es war besser, sie im Bereich des Fernen, Fremden, Unverständlichen zu lassen ("warum haben sie sich denn nicht gewehrt?"), als sich damit auseinandersetzen zu müssen, daß die massenhafte Vernichtung der "Juden" teilweise nur gegen erheblichen, bewaffneten Widerstand möglich war und nicht zuletzt aufgrund dessen auch nicht vollständig gelang. Und als sich damit auseinandersetzen zu müssen, daß das alles sehr wohl bekannt war, bloß kein Schwein interessierte, sich deswegen jedenfalls fast niemand aus dem Fenster lehnen wollte.

Auch die meisten "Juden" nicht. Schon Edelman beschreibt in "Das Ghetto kämpft" die Probleme bei der Organisierung für den Aufstand. Einen Aufstand inmitten einer amorphen Masse von Einzelnen, deren einzige Gemeinsamkeit ist, daß sie von den Nazis mit dem Etikett "Juden" versehen wurden, egal, ob sie sich selbst als Juden verstehen und welche Bedeutung das für sie hat. Deren Mehrheit sich aus allen möglichen Gegenden zusammengewürfelt im Ghetto wiederfindet und ihre Hoffnungen auf das individuelle Überleben setzt, so wie sie schon vor der NS-Zeit ihre Hoffnungen auf das individuelle Weiterkommen im Kapitalismus gesetzt hat. Die mit ihren Verhaltensweisen keinerlei Grund für die Massenvernichtung gibt und deshalb auch gar nicht glauben kann, daß irgendjemand auf eine solche Idee kommen könnte, jedenfalls nicht in Bezug auf sie selbst.

"Warum haben sich die Juden wie Schafe zur Schlachtkbank führen lassen?" So fragten sich empört die jungen Sabras in Israel während des Eichmann-Prozesses. Dasselbe fragten sich auch in Europa viele Juden der jungen Generation, die den Nazismus nicht miterlebt haben. Tatsache ist, daß in der Welt der Konzentrationslager Menschen aller Völker sich in gleicher Weise verhalten haben..." (aus Simone de Beauvoirs Vorwort).

Steiners "Treblinka" ist so etwas wie eine dokumentarische Erzählung. Sie fußt auf Interviews mit Überlebenden des Lagers, Aufstands und der nachfolgenden Zeit des Versteckhalbens in den Wäldern und beginnt mit dem Aufstand im Ghetto von Wilna. Schon dieser Aufstand hat keine Perspektive von Befreiung, immer wieder wird betont, es gehe nur noch um die Würde, um die Botschaft, daß die Menschen das nicht widerstandslos mit sich machen lassen, daß die Juden durch den Kampf eben die Zugehörigkeit zur Menschheit beweisen, die die Nazis ihnen in Theorie und Praxis aberkennen. Der Aufstand hat keine Chance, aber er kann die Lage auch nicht verschlechtern: Es sind sowieso alle BewohnerInnen des Ghettos zur Vernichtung vorgeschenkt. Einige wenige Überlebende finden sich in Treblinka wieder, wo sie den nächsten Aufstand vorbereiten.

Steiner schreibt wie ein "Techniker" der Nazis, er analysiert die Methoden der Aufspaltung von Gruppen wie z.B. der Bevölkerung des Ghettos in Wilna, wie Teilgruppe für

Teilgruppe aussortiert wird, wie die Verbleibenden immer darauf hoffen, daß das Ziel damit erreicht wurde und sie in Ruhe gelassen werden, und wie sie sich deswegen immer wieder gegen den Aufstand aussprechen, kurz: wie Spaltung funktioniert. Aber er schreibt aus der Perspektive derer, die dagegen kämpfen, die dafür die Überlegungen des Gegners nachvollziehen müssen. Er beschreibt die Todesfabrik, wofür sie gebaut wird, wie sie funktioniert, wie ihre "Produktivität" ständig verbessert wird, werden muß, wegen der Planvorgaben von oben; eine "ganz normale Fabrik" mit ganz normalen Problemen: Anfangs wird ein Teil der Eingelieferten dazu verwendet, die anderen zu sortieren, ihre Habseligkeiten der Wiederverwertung zuzuführen, sie umzubringen und ihre Leichen zu verscharrn. Die "Arbeits"bedingungen sind so, daß niemand länger als ein paar Wochen überlebt. Aber bald stellt sich heraus, daß auf diese Weise immer auch das Wissen (und die Motivation) der Todesarbeiter verloren geht und die geforderten Zahlen nicht zu erreichen sind. Es wird eine Stammbelegschaft gebildet, deren Überleben davon abhängt, die anderen umzubringen, die mit der Zeit Freizeitvergnügen organisieren darf usw., deren Kapos später dann sogar Frauen gestellt bekommen, sowie eigene Zimmer. Sozusagen der Übergang vom Frühkapitalismus zum Taylorismus, zur wissenschaftlichen Todesproduktion, und dann zum Fordismus, einer Phase der Konsumanreize, um den Termin halten zu können. Aber alle diese ausgeklügelten Maßnahmen scheitern letztlich, all das reicht nicht als Bestechung, sogar einige der Kapos nehmen am Aufstand teil. Besonders gespenstisch wird das allzu Reale, als Steiner den Prozeß der wissenschaftlichen Experimente mit der Leichenverbrennung beschreibt: Es ist nicht genügend Platz zum Vergraben vorhanden, und die Leichen könnten gefunden werden. Sie müssen also vollständig vernichtet werden, und kosten darf das auch nicht viel, Holz und Brennstoffe sind knapp und teuer. Die organisierten Aufständischen beobachten die Fortschritte mit Sorge: Wenn die letzte Leiche verbrannt ist, wird das Lager geschlossen werden und alle umgebracht, denn es darf keine Zeugen geben. Es beginnt der Wettkauf zwischen der Organisierung des Untergrunds und der erzwungenen eigenen Produktivität. Zu Ende des Buches sind 850.000 Menschen tot. Die Grausamkeiten des Lagerlebens, der Vernichtung, Entwürdigung, der Entmenschlichung werden nicht verschwiegen, aber sie stehen nicht im Vordergrund, sie bilden die Bedingungen, unter denen eine kleine Minderheit in der Lage ist, sich zu organisieren, durchzuhalten, sich zu vergrößern, schließlich den Plan für den Aufstand zu entwerfen und durchzuführen, trotz aller widriger Umstände. Der Aufstand gelingt, aber zu spät. Die Todesfabrik Treblinka hat ihre Funktion erfüllt, der einzige Triumph liegt darin, daß die Nazis nicht mehr verhindern können, daß das Wissen über die Vernichtung und über den Kampf dagegen ausbricht und den Krieg überlebt. Auch dieser Aufstand hatte nie die Perspektive der Befreiung, wenn sie auch scheinbar am Schluß für einige gelingt (scheinbar: einer der wenigen, die es schaffen, den Krieg zu überleben, landet nach einem Herumirren im Mittelmeerraum endlich in Israel und findet sich noch am selben Abend im Schützengraben wieder).

Eines hat mir das Buch klargemacht: Wenn es in Treblinka möglich war zu kämpfen, ist es überall möglich. Kein Wunder, daß die Nazis dauernd beim Verlag anrufen. Ich wette, sie haben Schiß!

Jean-Francois Steiner: "Treblinka - Revolte eines Vernichtungslagers". Vorwort von Simone de Beauvoir. ISBN 3-927170-06-2. Harald Kater Verlag, 29.80 DM.

GM feuert 100 mexikanische Arbeiter wegen gewerkschaftlicher Organisierung

General Motors hat 107 von insgesamt 210 Arbeitern aus einer seiner Fabriken in Ciudad Juarez, Mexico, gefeuert, weil sie versuchten, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Die Arbeiter produzieren Kabelsätze für Packard Electric, einer GM Autoteile-Abteilung. GM hat sieben Fabriken in Ciudad Juarez, das genau gegenüber El Paso, Texas, auf der anderen Seite des Flusses liegt. (Rio Grande, Grenzfluß USA/Mexico, auch Rio Bravo del Norte, Anm.d.U.).

Die Arbeiter begannen die Organisierung Anfang November, als GM die Fabrik in eine andere Konzernabteilung umgliederte, wobei der Name von Rio Bravo Nr.1 in Electronic Conductors and Components Nr.7 geändert wurde. Bis Mitte Dezember wurden 32 Arbeiter gefeuert. Anfang Januar versuchten 187 Arbeiter bei der örtlichen Arbeitsbehörde als unabhängige Gewerkschaft registriert zu werden. "Unabhängige" Gewerkschaften sind in Mexico alle außerhalb der regierungshörigen Confederation of Mexican Workers.

Chiapas in Chihuahua

Während der letzten drei Jahre wurden nur acht Gewerkschaften in Ciudad Juarez eingetragen, und nur eine davon war unabhängig. Der Statistik der örtlichen Arbeitsbehörde zufolge, repräsentieren nur 65 der gegenwärtig 318 Gewerkschaften "aktive" Arbeiter. Die Arbeiter erhielten keine Antwort auf ihren Antrag auf gesetzliche Anerkennung ihrer Gewerkschaft, daher besetzten sie am 7. Februar das Büro der lokalen Arbeitsbehörde. Maskiert mit roten Halstüchern, wie sie die zapatistischen Rebellen in Chiapas populär gemacht hatten, besetzten ungefähr 50 Arbeiter das Büro zwei Stunden lang.

Gefragt, warum er sein Gesicht bedecke, sagte ein Arbeiter, er wolle "die Vergeltungsmaßnahmen der Firma verhindern und dem Boss zeigen, daß es ein zweites Chiapas in Chihuahua geben wird." Ciudad Juarez ist im mexikanischen Staat Chihuahua. Arbeiter aus drei anderen Fabriken - zwei GM-, eine Fordfabrik - schlossen sich dem Protest mit handgemalten Schildern an, auf denen sie ihre Solidarität ausdrückten. Neun Tage später lehnte die Arbeitsbehörde den Antrag auf Zulassung ab.

Einen Monat später feuerte GM fünfzehn Rädelsführer. Aus Protest verlangsamten die Arbeiter die Produktion und reichten den Antrag auf Zulassung als unabhängige Gewerkschaft erneut ein. Tage später wurden 60 weitere gefeuert. Ende März bot GM allen gefeuerten Arbeitern Abfindungen an. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Arbeiter die Abfindungen abgelehnt, in der Hoffnung auf Wiedereinstellung und eine unabhängige Gewerkschaft. Arbeitslos und bange akzeptierten die Arbeiter das Angebot, obwohl es weniger war, als vom mexikanischen Gesetz vorgeschrieben.

Einer der Gefeuerten: "Der Kampf geht weiter. Ich weiß, daß es nicht einfach ist, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Die Regierung will es nicht, oft fehlt den Arbeitern das Bewußtsein, aber wir müssen über die Abfindungszahlungen hinaus gehen und eine Gewerkschaft erreichen. Ich denke, daß die Organisierung auf die anderen GM Fabriken übergreifen wird. Die ersten Knospen sind aufgegangen."

Mary McGinn, Labor Notes, Mai 94

Im letzten Zirkular haben wir ein Interview über das Stadtteilzentrum »Aufbruch« abgedruckt. Nun ein kurzer Bericht über die Situation in einem der zwei größten Metallbetriebe in Osnabrück (Kabelmetal und Karman). Interessant und zugleich typisch ist das Verhalten des Betriebsrates in der Tarifrunde. Im letzten Jahr und Anfang dieses Jahres ist eine enorme Aufspaltung der betrieblichen Situationen gelaufen. Auf der einen Seite hat es in einer ganzen Latte von kleineren Betrieben »freiwillige« Verzichtsabkommen gegeben – von denen wir oft nur etwas aus der Lokalpresse erfahren. Gleichzeitig sind in einigen Großbetrieben mit Rückendeckung der IG-Metall Abkommen geschlossen worden, die der Tarifrunde den Wind aus den Segeln genommen haben und ihre Richtung prägten (Betriebsvereinbarung bei Opel zu Einsparungen und Anrechnung von Tariflohnherhöhungen auf die übertariflichen Lohnbestandteile, Betriebsvereinbarungen bei Mercedes-Benz, 4-Tage-Woche-Vertrag bei VW). In Betrieben, die ökonomisch besser dastehen und in denen auch die Unternehmer auf keinen Fall einen Streik wollten, wurden per Betriebsvereinbarung die Leistungen festgeklopft, die der Arbeitgeberverband durch die Kündigung des Tarifvertrages angreifen wollte (z.B. Urlaub und Urlaubsgeld) – so geschehen in NRW, als es noch so aussah, als würde NRW Streikgebiet werden. Mit solchen Betriebsvereinbarungen wurden die Betriebe faktisch aus der Mobilisierung herausgenommen. Warum hätten dort die KollegInnen noch streiken sollen?

Nach außen hin jammert die Gewerkschaft über diese Entwicklung einer Verbetrieblichung des Tarifgeschehens, und den linken AktivistInnen scheint es nabeliegend, in dem Konflikt »Betriebsrat gegen Gewerkschaft« die »gewerkschaftliche Solidarität« zwischen den Betrieben zu verteidigen. Aber in Wirklichkeit spielt die Gewerkschaft bei dieser Verbetrieblichung schon immer mit. Ihre Machtbasis ist gerade die Aufspaltung der Einzelbelegschaften und die Verhinderung überbetrieblicher Kämpfe. Nur formal faßt sie die Einzelbelegschaften in einheitlichen Tarifregelungen und von oben angeordneten Mobilisierungen und Streiks zusammen. Statt in solchen Konflikten die Gewerkschaft zu verteidigen, müssen wir nach eigenen Wegen des Arbeiterkampfs suchen, der nie auf den einzelnen Betrieb beschränkt sein kann.

Bericht über die Firma Kabelmetal und die letzte Tarifrunde

Kabelmetal produziert Kupfer- und Kupferlegierungshalbzeug. Das sind Stangen, Rohre, Bleche usw., die noch weiterverarbeitet werden müssen. Insgesamt arbeiten im Konzern etwa 5500 Leute, im Stammsitz Osnabrück etwa 2800. Interessant ist hier, daß die Lage und das Bewußtsein der Arbeiter recht typisch für eine bestimmte Schicht von Facharbeitern sind: In der letzten Tarifrunde hat auch die IG-Metall dazu beigetragen, daß eine immer größere Abgrenzung zu Kollegen in anderen Betrieben stattfindet. Doch dazu unten.

Was für Kollegen gibt's bei uns? (Frauen arbeiten im gewerblichen Bereich so gut wie gar nicht.) Zunächst einmal gibt es die Angestellten, die "Schlipsträger". Dann gibt es die typischen Facharbeiter, z.B. Schlosser, z.T. Vorarbeiter. Hier fängt es auch schon an. Nach oben, zu den Angestellten, fühlen sie sich abgegrenzt. Studierte

halt. Dagegen setzen sie ihren Stolz, handwerklich was drauf zu haben. Und diese Qualifikation wird ihnen jetzt geraubt. Schlossereien werden dichtgemacht und zusammengelegt, so daß der Stress steigt und auch Dreckarbeiten anfallen, die früher von Ungelernten gemacht wurden. Das verträgt sich natürlich nur schwer mit dem Standesdünkel. Die Angst wächst, aber nicht so weit, das sie das Gefühl haben, überflüssig zu werden. Opa, Vater, Onkel von total vielen haben schon auf dem Werk gearbeitet; es hat immer wieder Höhen und Tiefen gegeben - weiter geht es immer irgendwie. Gerade von den Älteren höre ich das immer wieder. Dazu kommt natürlich auch eine recht erträgliche Arbeitssituation, um die in den letzten Jahren nicht groß gekämpft werden mußte. Es gibt relativ viel Knete und es gibt viele Möglichkeiten, die Arbeit erträglich zu gestalten. Da gibt es Leute, die darauf spezialisiert sind, den ganzen Tag mit einer Ölkanne wichtigtuerisch durch die Hallen zu schlendern und in manchen Betrieben gibt's regelmäßig Freitag mittag und nachts Grillparties. Oder die Leute sammeln sich vorm Imbißwagen und essen eine Currywurst. Das ist bekannt und wird (noch) geduldet. Ein bißchen peinlich ist das den Chefs wohl schon: Als Orlando, der neue Boß aus Italien, in Osnabrück war, mußte der Imbißwagen von seinem gewohnten Platz entfernt werden, damit dem großen Chef nicht der Wurstchenduft in die Nase steigt. Wie gesagt, bisher gehen die Chefs gegen diese Freiräume nicht direkt vor. Nur allmählich. Der Arbeitsstress wird gesteigert, der Imbißwagen wird zugunsten einer Mikrowelle abgeschafft und an den Maschinen werden Kontrollcomputer angebracht. Aber auch die können nur kontrollieren, ob die Maschine läuft oder nicht. Auch da gibt es Tricks, die zu umgehen. Wie ich gehört habe, stellen viele nachts z.B. ihre Fräse 20 cm zu hoch ein, kleinen Vorschub rein und dann erst mal zwei Stunden pennen, während die Schneiden durch die Luft fahren.

Was ich damit sagen will: Es gibt viele Möglichkeiten, sich individuell vor zuviel Arbeit zu schützen. Das hemmt aber auch alle Versuche, offensiv zu kämpfen. Wenn ich das Maul aufmache, weiß ich genau, daß die in den oberen Etagen die Schraube anziehen könnten. Über die Arbeiter an den Maschinen kann ich wenig sagen. Seit Jahren werden auch als Hilfsarbeiter nur noch Gelernte eingestellt. Deren Anbindung an den Betrieb läuft nur über die Kohle. Es gibt Grundlohn, Akkord- und Schichtzulagen. Auch beim Akkord gibt es Möglichkeiten, zu schummeln, z.B. die Stückzahl etwas nach oben zu korrigieren. Ab und zu kommt das mal raus, dann heißt es eben »Hab mich verschrieben« und meistens ist es damit gut. Mir ist nicht bekannt, daß Leute deswegen entlassen worden wären. Soweit ich das sehe, gibt es im Prinzip schon eine Spaltung zwischen denen an der Maschine und den Facharbeitern, auch im Kopf.

Von den Gewerblichen sind etwa 90 Prozent in der IG-Metall organisiert. Tatsächlich läuft die Interessenvertretung aber über den Betriebsrat. Das hat sich nicht zuletzt in der letzten Tarifrunde gezeigt. Kabelmetal war der einzige Großbetrieb in Osnabrück, der sich nicht an Warnstreiks beteiligt hat. Im Gegenteil, der Betriebsrat bemühte sich, einen Haustarifvertrag auszuhandeln. Die Unternehmer sind darauf praktisch zwar nicht eingegangen (Gespräche noch

während der Tarifrunde mit der IG-Metall wurden mit fadenscheinigen Gründen abgesagt), aber der Rummel und die Drohung haben ihr Ziel nicht verfehlt. Mit dieser Strategie kann der BR an genau das Bewußtsein anknüpfen, das ich zu beschreiben versucht habe. »Wir sind wirtschaftlich gesund, haben die Produkte, haben in den letzten Jahren einen zufriedenstellenden Level halten können, bei uns wird auch ohne das Getöse der Gewerkschaft mehr Lohn gezahlt, als in den meisten anderen Betrieben. Mit Kooperation kann man halt mehr erreichen als mit Konfrontation.« Es gibt zwar auch einige, die diese Politik kritisch sehen (zu der Geschichte mit dem Haustarif haben eine Reihe von Leuten gesagt, daß sie das daneben finden), das geht aber kaum soweit, was dagegen zu machen. Im Gegenteil, bei der letzten Betriebsratswahl im April wurde der Kurs mit großer Mehrheit gebilligt. Das ist kein Wunder, denn es gibt keine nennenswerte linksgewerkschaftliche Opposition, die sich trauen würde, nach außen zu gehen. Anfang der dreißiger Jahren hatte die RGO noch bis zu 30 Prozent bei BR-Wahlen erlangt. Der BR heute kämpft gegen die Gewerkschaft und für eine Betriebsgewerkschaft. Z.B. wird heute bei den Lehrlingen nicht mehr für die IG-Metall geworben. Vor zwei Jahren noch hieß es, alle sind drin und wer nicht mitmacht, ist unsolidarisch. Dem Jugendsekretär wurde überbracht, daß er eine unerwünschte Person ist usw..

Den Ausblick auf die nächste Zeit kann ich mir wohl sparen. Aus der Gewerkschaft werden viele austreten. Daß dafür was Neues entsteht, ist erstmal nicht abzusehen. Es sei denn, der Angriff der Unternehmer rollt weiter und kann den jetzigen Status aufbrechen. Hinweise gibt es: Produktionsverlagerung nach Spanien (ist noch Gerücht) und in die DDR (ist in Planung), Rationalisierung, Experimente mit Gruppenarbeit.

Auf der letzten Vertrauensleutesitzung bestätigte der Betriebsrat, daß er zwar nicht die Konfrontation mit der Gewerkschaft sucht, aber schon neue Wege einschlagen will und daran von den Funktionären der Gewerkschaft gehindert wird. Neue Wege heißt eigener Tarifvertrag, aber unter Schirmherrschaft der Gewerkschaft. Die Geschäftsleitung hat es vorerst abgelehnt, aus dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall auszutreten (was die Voraussetzung für den Abschluß eines Haustarifvertrages wäre). Nicht nur die Betriebsräte haben den Gewerkschaftsvertreter niedergeschrien, sondern auch einige Arbeiter. Der letzte Tarifabschluß der IG-Metall mit den formalen zwei Prozent Lohnerhöhung scheint für einen Teil der Arbeiter, deren Einkommen zu einem guten Teil über Zulagen kommt, einen realen Lohnverlust von bis zu 10 Prozent zu bedeuten. Es wäre interessant, wenn sich mal Leute, die im Tarifschungel sitzen, angucken, ob darin möglicherweise eine bewußte Strategie der IG-Metall liegt, auf diesem Weg die Großbetriebe aus dem Zusammenhang herauszulösen.

O.

Zu CF in Weinheim

CF ist ein kleiner Multi (40.000 Beschäftigte) mit Stammwerk in Weinheim (ca. 7000 Beschäftigte). In Weinheim werden zu 60% Teile für die Autoindustrie produziert (Simmeringe, techn. Kunststoffprodukte, flexible Leiterplatten...). Außerdem Haushaltsprodukte ("Vileda"), "Elefantenschuhe", Fußbodenbeläge...

Es ist nicht "eine" Fabrik, sondern ein "Fabriken-in-der-Fabrik-Konzept". Außerdem ein hoher Anteil von Angestellten aufgrund der Zentralverwaltung.

Die "Krise" der letzten beiden Jahre stellte sich kurz gefaßt so dar:

Personalabbau: seit 91 wurden ca. 2500 Leute "sozialverträglich" abgebaut. Betroffen waren alle Gruppen von Beschäftigten. Personell am stärksten betroffen waren ArbeiterInnen, v.a. Alte kurz vor der Rente. Nicht nur Angelernte, sondern auch viele Facharbeiter, Vorarbeiter, Meister.

*Fabrikschließungen: einige Betriebe wurden vollständig dichtgemacht, davon Teile in andere Städte verlagert.

*Interne Verlagerungen: Viele Abteilungen und ein ganzes Werk wurden in andere Räumlichkeiten verlagert und dort neu aufgebaut.

*Intensivierung/Einführung neuer Arbeitsformen: die Gruppenarbeit, die es seit Ende der 70er in einer Vorstufe (Industriezellen) gab, wurde ausgedehnt. Motto: "Growth" = "Get rid of the waste through team-harmony".

*Dezentralisierung: einige Betriebe (Simflex) wurden "ausgegründet", d.h. rechtlich und wirtschaftlich selbständig. Überführung von Betrieben und Abteilungen in Profit-Center. Neugliederung der einzelnen Kostenstellen.

*Kurzarbeit: nach wie vor in einigen Betrieben, während andere schon wieder Überstunden fahren.

*Experimente mit neuen Arbeitszeitmodellen: Teilzeit-Modelle im Werk Reichelsheim ähnlich dem VW-Modell.

Eine kurze Einschätzung:

ich beziehe mich zwar auf bestimmte Beobachtungen bei CF, ist aber eher allgemein zur Situation in den Betrieben:

Die Veränderungen waren und sind ein abgestufter und vielfältiger Angriff auf alle Beschäftigten. Auf die Frage "Wo ansetzen ?" fanden die Planer keine präzisere Antwort, als "überall". Das korrespondiert mit der Einschätzung, daß es momentan keine Schicht und keine Gruppe von Beschäftigten gibt, die eine besondere und akute Bedrohung für's Kapital darstellen würden. (Dem widerspricht auch nicht, daß einige ein besonderer Dorn im Auge waren, daß sie z.B. viele Alte entlassen haben).

Vielmehr gab es eine allgemeine Geringschätzung der Arbeit überall an den

Maschinen und in den Büros, die sich in einer Vielfalt von unproduktiven Verhaltensweisen jeder Art ("the waste") ausdrückt.

Deshalb stellt das Kapital auch ganz umfassend und vielfältig höhere Ansprüche an die Qualität der Arbeitskraft, von Absentismus bis Zusammenarbeit.

Was bedeutet das hypothetisch für die Konflikte?

Die ArbeiterInnen versuchen den neuen Ansprüchen gerecht zu werden. Sei es, weil (sie meinen, daß) ihnen gar nichts anderes übrigbleibt, sei es weil sie sich was davon versprechen.

Es bleibt aber ein gewisser Bodensatz, der nicht kann oder absolut nicht will. Mit dem Anziehen der Schraube wird sich der individuelle Konflikt zwischen diesem Bodensatz, den "Loosern" und den "ehrgeizigen" Kollegen plus Vorgesetzten auf der anderen Seite radikalisieren. Die Wortgefechte werden wieder häufiger werden, man wird wieder öfter Brüllereien hören, die Entlassungen verlieren nach und nach ihren "sozialverträglichen", Charakter....Es entsteht eine neue Klein-Konfliktualität mit der Frage der persönlichen "Leistungsfähigkeit" als Zentrum. Das könnte politisch für uns bedeuten, daß eine offensive Kritik der Arbeit wieder mehr Gehör findet. Das Problem ist, daß sich dieser Bodensatz, die "Marginalisierten der neuen Fabrik", nicht als kollektive Schicht ausdrücken wird, sondern als verstreute Individuen und sie deshalb sehr schwach sind.

Eine zweite Konfliktlinie "nach der Krise" könnte etwa so aussehen: wenn das Kapital den Druck durch Entlassungen, Schließungsdrohungen usw. so langsam zurücknimmt, wenn die "neuen" Ideologien der Gruppenarbeit zu verblassen beginnen, werden diejenigen, die das Spiel aktiv mitgespielt haben merken, daß es immer noch dieselbe, alte Scheiße ist und diese sich nicht mal mehr anfühlt. Sie werden z.B. merken, daß es zwar ein nettes Gefühl ist, nicht mehr Maschinenarbeiter genannt zu werden, sondern Produktionssteurer: aber man kann sich davon nichts kaufen. Sie werden sich ihr Engagement bezahlen lassen wollen und bislang hat die aktive Beteiligung an der Gruppenarbeit nach meinen Informationen noch nicht zu wesentlich höheren Löhnen geführt. Die Kampfposition der "Ehrgeizigen" ist aufgrund ihrer verantwortlichen Stellung innerhalb der Produktion stärker als in den alten Strukturen und auch stärker, als die der "Looser", die unter Druck stehen.

Ich halte es für möglich, daß so eine Polarisierung in der Belegschaft dieselbe Bedeutung kriegt, wie die Entwicklung hin zu Stamm-/Randbelegschaften in den 80er Jahren. Daß das "weniger Arbeit und mehr Lohn", was in den Stammbelegschaften relativ homogen war, in Zukunft als zwei stärker voneinander getrennte Konfliktlinien auftreten wird.

Spannend würde es diesen Vermutungen nach dort, wo Gruppen diese Trennung überwinden. Wo sie also sagen: Wir wollen keine "olympiareife Mannschaft" sein, aber wir wollen wie so eine bezahlt werden. □

"Ganz unten (?)" auf dem Bau: Arbeit! Arbeit! Arbeit!

Ein (unvollständiger und vorläufiger) Erfahrungsbericht aus Berlin

Ich hatte schon im Oktober 1993 einige Eindrücke sammeln dürfen, was momentan auf dem Bau angesagt ist (ich sollte bei einer Ostberliner Firma als eine Art Kombiarbeiter wirken: Maurer, Kranfahrer und bei Bedarf Bauhelfer, das alles natürlich unter Tarif, aber immerhin versichert und mit Vertrag) - als ich nach zwei Wochen mit eintägiger Frist gekündigt wurde, dauerte es bis April 1994, bis ich den Lohn für die 14 Tage Kündigungsfrist eingeklagt und per Gerichtsvollzieher auch auf dem Konto hatte. Die Kollegen waren eingeschüchtert, die meisten noch kein halbes Jahr in der Firma, aber es lief alles halbwegs geregelt ab. Danach ging ich nicht zum Arbeitsamt, weil ich dachte, ich fange eh gleich wieder bei der nächsten Firma an, dann kam was dazwischen, dann Weihnachten, da stellt sowieso niemand ein, dann die kalte Zeit... Kurz, im Februar hatte ich nen Haufen Schulden und suchte mir den nächstbesten Job: Abrißhelfer.

Das KaDeWe in Berlin versucht anscheinend, wieder das größte Kaufhaus Europas zu werden, sie bauen um und vor allem aus, erweitern. Der Generalübernehmer ist eine ARGE (Arbeitsgemeinschaft) aus Dywidag (einer der großen Baukonzerne in der BRD) und Tesch, einer nicht so großen Berliner Firma. Die ARGE selbst stellt die Infrastruktur, etwa die Krane, ihre Belegschaft macht nur bestimmte Arbeiten (Beton, Mauern...), die Arbeiter sind meist Facharbeiter und werden nach Tarif oder darüber bezahlt. Die Abrißarbeiten sind ausgelagert (das gilt auch für den Heizungsbau, Sanitär, Elektro, Stahlbau usw.) an einen Subunternehmer, Fa. Kleinschmidt. Sie beschäftigt hauptsächlich junge Türken, weit unter Tarif (10 bis 14 DM), aber immerhin längerfristig und mit Vertrag, dafür arbeiten die halt nicht so enthusiastisch. Kleinschmidt wiederum hat für unregelmäßig anfallende Abrißarbeiten ein paar Sub-Subfirmen an der Hand, z.B. unsere, die dann einspringen. Zum Beispiel wochenends ein Treppenhaus mitten in der Parfüm- und Juwelierabteilung abreißen, ohne Staubmasken, Samstag nach Geschäftsschluß und Sonntag, damit der Verkauf nicht beeinträchtigt wird.

Unser Vertrag, um den ich auch schon eine Woche zäh kämpfen muß, geht von 15 DM Stundenlohn aus, aber mündlich verspricht uns der Vorarbeiter um die 20 DM Leistungslohn. Trotzdem wechselt die Belegschaft fast täglich, meist sind es junge Facharbeiter, die vor der Saison noch mal schnell nen Job zwischenschieben wollen, bevor sie wieder Tarif bekommen, oder in deren Branchen nichts mehr geht (Metall). Viele riechen den Braten, einer bleibt gleich am nächsten Tag kommentarlos weg, ich bleibe, weil mich das ganze interessiert und ich Leute kennenlernen.

Es stellt sich heraus, daß sowohl Sub-Subunternehmer Brinkmann als auch der Vorarbeiter keinerlei Ahnung vom Bau haben, geschweige denn vom Aufmessen und Abrechnen. Sie, wie auch die meisten meiner Kollegen, wissen nicht einmal, daß im

Bauhauptgewerbe zwischen November und März 2 DM netto die Stunde Wintergeld gezahlt werden muß und daß das den Chef selbst nicht mal was kostet, weil er es sich aus einer Ausgleichskasse wiederholen kann. (Später wird mir klar, warum er kein Wintergeld zahlen wollte - wir waren nicht angemeldet. Brinkmann kann nur eines: Abzocken. Inzwischen, Mitte Mai 1994, hat noch niemand von ihm den vollen Lohn erhalten, die meisten so wie ich noch keinen Pfennig).

Kurz: die Situation eskaliert, ich diskutiere ihm zuviel mit den Arbeitern, beharre auf dem Wintergeld, er schmeißt mich raus, mitten in der Frühstückspause in der vollbesetzten Kantine des KaDeWe - das kostet ihn seine Baustelle: Ich werde laut, er solle sich nicht so aufspielen, er hätte doch keinerlei Ahnung, erwähne vor interessierter Zuhörerschaft, daß er im KaDeWe nicht mehr unter seinem Namen auftreten darf, weil es mal Streß gab, wir uns deswegen immer unter "Kleinschmidt" in die Liste eintragen mußten... Später höre ich, daß er die Baustelle am selben Tag aufhören mußte...

Ich gehe zu meiner Gewerkschaft, aber die kann wie immer nix machen, außer wegen der Sonntagsarbeit mal nachfragen, ob denn da ne Genehmigung vorlag... Auf der Baustelle ist außer bei der ARGE sowieso niemand in der BSE. Ich habe einen Arbeitsgerichtsprozeß laufen, aber der wird nix bringen, weil Brinkmann gar keine offizielle Adresse hat, ein Gerichtsvollzieher bei ihm nix holen kann, ihn erst gar nicht findet. Was mir bleibt, ist zu versuchen, zusammen mit einigen Kollegen selbst dafür zu sorgen, daß wir unsere Kohle sehen...

Der Angriff auf den nationalen Bauarbeiterdeal - Das Ende des "Modell Deutschland" als Grundlage für einen neuen Boom?

Die KaDeWe-Baustelle ist kein Einzelfall. Allgemein wird die Bauarbeit in der BRD dereguliert. Bisher gab es eine Art Deal: Der Staat garantierte hohe Investitionen, sowohl die Löhne als auch die Profite wurden daraus gespeist. Seit Ende der 50er war die Bauarbeit als Ganzjahresarbeit garantiert, über das Schlechtwettergeld. Besonders in Berlin waren die Baupreise überhöht. Jetzt wird bei den öffentlichen Ausgaben gekürzt. Die großen Firmen reagierten darauf mit einer schlankeren Belegschaft. Dadurch schrumpfte der gewerkschaftlich organisierte, tariflich abgesicherte Bereich in den letzten Jahren, eine Subunternehmerstruktur bis in die 6. Ebene ist normal geworden. Meist sind nur die Arbeiter der ersten Ebene in der Gewerkschaft.

Aber diese ansässige garantierte Arbeitskraft auf dem Bau ist überaltert, sie haben in den letzten Jahren kaum noch junge Leute gefunden, die für die Drecksaufgaben auf dem Bau (man wird relativ schlecht bezahlt, ist früh kaputt, viele Unfälle, man wird dreckig bei der meist schweren Arbeit, lange Arbeitszeiten, niedriger gesellschaftlicher Status, Witterung ausgesetzt, Winter/Saisonarbeit...) lernen wollten - im Osten gibt es jetzt allerdings viele Azubis auf dem Bau, durch Druck auf den Arbeitsmarkt. Plus Quereinsteiger: In ganz Berlin gibt es vom Arbeitsamt bezahlte Umschulungen

fast nur noch auf Bauberufe, das schließt aber Bürotätigkeiten wie BauzeichnerIn ein!

Die Bedingungen, unter denen gearbeitet werden muß, verschlechtern sich weiter (Überstunden, Einführung von Nacharbeit und 2-Schichtsystem, Unfälle; Verdichtung der Arbeit durch bessere Planung, überhaupt sind die Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre durch Verausgabung menschlicher Arbeit zustandegekommen, nicht durch neue Technologien) Es ist schwierig geworden, sich dagegen zu organisieren. Löhne werden oft nicht gezahlt, und wenn, dann sehr niedrige. Beim Subber gibt es oft keinen Kündigungsschutz, viele kleine Kolonnen aus allen möglichen Ländern arbeiten nebeneinander oder nacheinander, die meisten sprechen kein Deutsch. Für die Illegalen unter ihnen heißt das außerdem: Dauernde Gefahr von Kontrollen auf den Baustellen, permanente vollständige Prekarisierung, erst mal sind sie gänzlich in der Hand der Unternehmer (diese brauchen nur eine Kontrolle zu organisieren und sind die Arbeiter los, ohne ihnen den Lohn zu zahlen).

Viele erfahren auch durch die Tendenz zu einer gesteuerten Einwanderung nach Leistungskriterien und verschärften Grenzkontrollen gegen den Rest eine weitgehende Deregulierung ihrer Lebensbedingungen: Ihr illegaler Aufenthaltsstatus bedeutet ständige Gefahr von Kontrollen auf der Straße; das heißt auch, daß sie illegal wohnen müssen oder über eine Mafia vermittelt oder in Lagern (letzteres gilt auch für anerkannte Kriegsflüchtlinge, noch nicht anerkannte AsylbewerberInnen, sogar als "Deutsche" schon anerkannte SpätaussiedlerInnen aus der ehemaligen SU).

Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit hoch, besonders unter AusländerInnen; viele werden Neue Selbständige, vor allem im Osten der BRD; die sozialen Kürzungen (beim Kurzarbeitergeld, Alg, Alhi, Soz...); Zwangsarbeit auch im GaLabau und Innenausbau; Wegfall der Berlinzulage; ab 1995 soll der "Solidaritätszuschlag" wieder eingeführt werden; Effektivlohn Ost und Bedingungen nicht angeglichen; Schlechtwettergeld angekratzt - Aufhebung?)

[Ich spare mir hier eine ausführliche Beschreibung der besonderen Bedingungen in Berlin - nur kurz zur Erinnerung ein paar Stichworte: Mauer; verlängerte Werkbank (Industrie mit hohem ArbeiterInnenanteil, davon noch mal viele MassenarbeiterInnen, dementsprechende Verhaltensweisen), dafür aufgeblähter Öffentlicher Dienst; spezieller Arbeitsmarkt (Facharbeitermangel durch Wegzug nach Westdeutschland - Berlinzulage, Immigrationszentrum, seit 1990 Pendlerströme).

Hauptstadt der DDR; Subventionen seit den fünfziger Jahren exponentiell angestiegen, vor allem nach 1989; Olympia, Hauptstadt, Regierungssitz, Potsdamer Platz...; Ausbau zur Drehscheibe für West/Osteuropa?]

Bauwirtschaft:

Es gibt nicht *das* Baukapital, sondern es besteht aus Investoren und Baufirmen verschiedener Art. Die Investoren setzen sich aus sehr verschiedenen Typen

zusammen (Immobilienfonds und private Großinvestoren bei den neuen Dienstleistungszentren; Großkonzerne, die sich neue Firmenzentralen hinstellen lassen; Hauptsitze aller möglichen Verbände; Staat Regierungssitz; öffentliche und private Wohnungsbaugesellschaften; kleinere Spekulanten bei Altbauten; die Banken stecken überall drin).

Die Baufirmen sind auch sehr verschieden (große bundesweite oder europaweite Baufirmen - regionale Firmen - Kleinfirmen - Subunternehmer - Sub-Sub-Unternehmer - Kolonnen). (Tendenz ist aber eine Konzentration von Kapital, viele der großen Konzerne haben in den letzten Jahren andere geschluckt, einen großen Teil ihrer Aktien halten Banken.) Je nach dem haben sie unterschiedliche Interessen, z.B. bei der Frage der bilateralen staatlichen Werkverträge. Die großen Firmen benutzen sie, öffentlich treten sie dagegen auf. Die kleinen Firmen können sie oft nicht nutzen, gehen am Dumping pleite, sind dementsprechend vehement dagegen. Das ganze ähnelt einem Dschungel, in dem viele Raubtiere verschiedener Größe einander die Beute streitig machen, sich auch mal gegenseitig schlucken - ihr gemeinsames Interesse ist aber, den Kahlschlag zu verhindern. Dem entspricht in Berlin auf politischer und Verwaltungsebene ein völlig provinzieller (Bestechungs-)Sumpf und (Parteibuch-)Filz, Relikte aus der Zeit der regelmäßigen Bewässerung mit Subventionen, in denen verschiedene Seilschaften sich untereinander um die Posten streiten und ihre jeweilige Klientel fördern.

Die SPD scheint den Deal fortsetzen zu wollen, nicht zufällig wirbt sie auf ihrem Wahlplakat mit einem Bauarbeiter und dem Spruch: "Arbeit! Arbeit! Arbeit!" Zu den Löhnen sagen sie allerdings nichts. Gleichzeitig fordern sie eine Immigration zu garantierten Bedingungen.

Die Gewerkschaften machen niedrige Lohnabschlüsse, unter der Inflationsrate, das bedeutet faktisch einen Lohnstopp! Das einzige, was die BSE bisher versucht, ist eine rassistische Mobilisierung gegen illegale ArbeiterInnen aus dem "Ausland", vor allem aus Osteuropa ("Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder"). Die BSE hat keine aktive Basis, der gesamte Bereich ist ohne ernsthafte Vertretung - ein politisches Vakuum, Freiraum für Initiativen von unten.

Gibt es einen Bauboom?

Das ist sehr unterschiedlich, nach Regionen und Bereichen: Im öffentlichen Bereich sind die Investitionen rückläufig (Finanzkrise der Kommunen: Tiefbau abgenommen - Kurzarbeit, Entlassungen, Pleiten - besonders kleine und mittlere Firmen und bestimmte Bereiche wie Straßenbau - es gibt eine allgemeine Krise im Straßenbau; Ostfirmen hatten viele Kredite aufgenommen...). Dagegen gibt es einen privat finanzierten Boom im Wohnungsbau und beim gewerblichen Bau (Industrie- und Bürogebäude, Dienstleistungsbauten)

Laut Propaganda werden auf dem Bau zigtausende Arbeitsplätze geschaffen (ab 1995 alleine durch die Regierungs(um-)bauten 10 000, da werden aber viele Bonner Betriebe beschäftigt werden, angeblich wegen Sicherheitsproblemen, weil die schon

überprüft sind) - dem stehen entgegen: Rationalisierung, Illegalisierung, viele Firmen drängen von Westdeutschland und aus Europa auf den Markt. Zudem gibt es massiv Planungsprobleme durch Bürokratie, Koordinationsprobleme zwischen Straßenbau und verschiedenen Versorgungsbereichen (Abwasser, Energie, Heizung, Telekommunikation) und im Osten unklare Eigentumsverhältnisse und fehlende Flächennutzungs- und Bebauungspläne.

Außerdem haben sie ziemliche Probleme mit dem Konsens bzw. der Durchsetzung von Projekten: Verkehr (Schnellbahn, Stadtring, Stadtautobahn, Tiergartentunnel, Gleimtunnel usw.), Verdichtung der Wohnbebauung (Jakob-Kaiser-Platz...), Energieversorgung (Überlandleitungen), Olympia gekippt usw.

Fazit:

Erstmal scheinen die Ausgangsbedingungen des Kapitals für eine Boomphase verbessert zu sein, die Klasse steht in bestimmten Sektoren subjektiv am Anfang der Organisierung. Besonders auf dem Bau.

Aber der soziale Frieden auf dem Bau ist ja gekoppelt gewesen an den Subventionsregen - jetzt gibt es massiv politische Probleme beim Angriff auf die ansässige Bauarbeitskraft: Ein erstes unübersehbares Anzeichen dafür war die Kundgebung gegen die Streichungen beim Schlechtwettergeld in Bonn mit angeblich über 100 000 Bauarbeitern; trotz hoher Arbeitslosigkeit gibt es weiterhin eine massenhafte Verweigerung der Arbeit (vor allem bei jungen Leuten), sie finden kaum Leute für die Drecksaufgaben - ist die Klasse noch nicht genügend weichgekocht? Funktioniert die rassistische Spaltung noch nicht genügend? Unter den ansässigen Bauarbeitern herrscht Unzufriedenheit und Mißtrauen gegenüber dem Kapital, es gibt Diskussionen schon bei der Neueinstellung, ob man dieser Firma trauen soll....

Die Angriffe bei gleichzeitigem teilweisen Hochfahren eines Baubooms (es gibt jedenfalls wieder Einstellungen in größerer Zahl) und nicht vollständig kontrollierter Zufuhr von Migrationsarbeitskraft sind eine Gratwanderung - darauf weisen die Kämpfe von MigrantInnen aus verschiedenen Einwanderungswellen, die Aktionen von garantierten ansässigen Bauarbeitern wegen der SWG-Kürzung (Zirkular 3) und erst kürzlich die Kranbesetzungen von westeuropäischen Bauarbeitern in Berlin wegen nicht gezahlter Löhne.

Artikel aus der Berliner Zeitung:

Hey Boss, ich brauch' mein Geld

Arbeiter besetzten Kran, um Lohnzahlung zu erzwingen

Polizeipräsenz auf einer Baustelle in der Germaniastr. 18 in Tempelhof: Zwei englische Bauarbeiter hatten gestern zwei Kräne erklo-

men und blockierten die Arbeiten. Ihre Forderung: Sofortige Zahlung ausstehender Lohngelder.

"Wenn wir am 15. kein Geld sehen, sind wir auch sauer", zeigte ein deutscher Zimmermann Verständnis für die Aktion der englischen Berufskollegen. Die 13 Engländer stehen bei der niederländischen Firma Axlebridge in Lohn und Brot, um deren Zahlungsmoral es nicht zum Besten steht. Der 30jährige Ire Colin Hegarty: "Wir wurden Tag für Tag vertröstet. Bis zu 7000 Mark pro Mann schuldet uns die Firma schon. Dafür knüppeln wir 60 Stunden in der Woche auf dem Bau."

Sean Osborn und Tom McLoughlin kletterten auf die zwei Kräne, um die Baustelle lahmzulegen.

Nach Verhandlungen mit Klaus Obendorf, Geschäftsführer der Olym-

pia Bau GmbH, einigte man sich: Jeder bekam noch am gleichen Tag 500 Mark als Abschlagzahlung in die Hand. Der Termin der Restzahlung wurde schriftlich vereinbart. "Das Geld", so der Schotte Robert Black - Vater eines acht Monate alten Jungen - , "schicke ich noch heute nach hause."

Erst am Freitag hatten 15 italienische Arbeiter auf einer Pankower Baustelle mit einer spektakulären Aktion die pünktliche Zahlung ihrer Löhne verlangt. Durch diplomatisches Fingerspitzengefühl des italienischen Konsuls war die Baukran-Besetzung - zwei Arbeiter drohten, sich hinunterzustürzen - glimpflich beendet worden.

Fred Hasselmann

Das wichtige an den Aktionen ist nicht nur die Tatsache, daß sie stattgefunden haben und zu mehr auffordern. Vor allem die zweite Besetzung zeigt, wie anfällig die Baustelle durch die komplizierte Struktur des Subunternehmertums in Wirklichkeit ist. Als der niederländische Boss eines Teil der gesamten Belegschaft seinen Leuten den Lohn nicht zahlt und diese daraufhin die gesamte Baustelle lahmlegen, legt der für die Lohnprobleme der Briten gar nicht zuständige Chef der Olympia Bau GmbH sofort cash auf den Tisch, als ob es seine eigenen Beschäftigten wären. Und unterschreibt einen Vertrag über die Zahlung der Restsumme! Er durchbricht damit selbst das Konstrukt, das den Bauarbeitern ihre Zusammengehörigkeit und die Gemeinsamkeit ihrer Interessen durch das juristische Zergliedern ihrer konkreten Zusammenarbeit verschleiern soll. Das zentrale Kommando über die Baustelle entlarvt sich selbst, als es an seiner empfindlichen Stelle getroffen wird. Mit der gleichzeitig angestrebten Verkürzung der Bauzeiten und entsprechendem Termindruck kann das noch ein interessantes Kräfteverhältnis geben - leider hat Brinkmann keine Baustelle mit Kran...

heinz

Frankfurt: Zu Diskussionen um Kürzungen 93/94, Zwangsdiensten, Umstrukturierungen im Arbeitsamt

In den letzten Monaten ist einiges passiert und doch besteht gleichzeitig das Gefühl, daß eigentlich wenig bewegt wurde. Dazu gehört das Schielen auf die Ereignisse in Frankreich. Doch die Hintergründe, die Zusammensetzung der Kämpfe dort sind sicherlich nicht mit hier zu vergleichen. Die Gesetze, die Veränderungen "tröpfeln" hier und die ständigen Neufassungen, Verwerfungen verwirren mehr, wie daß die Betroffenen überhaupt kapieren was los ist.

Wie beschränkt der eigene Horizont ist, seh ich daran, daß von den mehreren hundert Bauarbeitern in Lüneburg, die dort wegen dem Schlechtwettergeld das Arbeitsamt besetzten, in Frankfurt nichts bekannt wurde, obwohl hier im FALZ (Frankfurter Arbeitslosenzentrum) doch recht viele Infos aus der BRD eingehen.

Und in den verschiedenen Städten gibt es unterschiedliche Handhabungen. Z.B. müssen in Hamburg nicht wenige Erwerbslose bis zu dreißig (!) Bewerbungsnachweise im Monat liefern, sonst bekommen sie Sperre, etc.

Ich werde eine kleine Chronik von Aktivitäten in Frankfurt wiedergeben. Die gesetzlichen Veränderungen werde ich hier nur anreißen. Die Details können auf dem Treffen besprochen werden.

Zählappell

Im Sommer 93 wurde regelmäßig im Arbeitsamt gegen die Appelle nach §132 Flugblätter verteilt, mit den Angestellten im Amt, z.B. auf den Gruppenveranstaltungen diskutiert. Die Zählappelle gehörten zu der Kampagne der Bundesregierung gegen den "Sozialmißbrauch". Aus dem Papier: "50% der Arbeitslosen sollen monatlich in West und 30% in Ostdeutschland vorgeladen werden." Neben diesen Abschnitten sind für die Arbeitsämter auch Tips gegen Angriffe und Beschwerden vorhanden: "Die verstärkten Meldekontrollen werden eine Vielzahl von Beschwerden und Angriffen durch davon Betroffene zur Folge haben. Desgleichen werden Proteste von denen erhoben werden, die von der Zurückstellung anderer Aufgaben in der Abt. AVUAB betroffen sind. Diesen Personenkreisen ist der finanz- und sozialpolitische Rang zu verdeutlichen." Bezeichnenderweise ist das ganze von der stellvertretenden Gewerkschaftsvorsitzenden Dr. Ursula Engelen-Kiefer unterschrieben. Es war also, wie auch spätere Maßnahmen, sowohl gegen die Erwerbslosen wie gegen die Angestellten gerichtet.

Die Vorladungen liefen etwa ein halbes Jahr. Da in Frankfurt das Amt nach Berufsgruppen gegliedert ist und die AkademikerInnen eine etwas privilegierte Position haben, mit besserer Beratung, weniger Schikanen, auch weil mehr SachbearbeiterInnen Zeit für sie haben, verliefen die Vorladungen völlig unterschiedlich. Gruppengespräche mit beratendem Charakter, wo es um die gutbezahlten ABM-Stellen ging (die es Mitte 93 jedoch nicht gab) oder stundenlanges Stehen auf dem Flur, kurze Ausweiskontrolle und wieder ab nach Hause (oder zur Schwarzarbeit).

* Bundesweiter Aktionstag der Erwerbslosengruppen 29.10. "Weltspartag"

In Frankfurt von FAU (Freie ArbeiterInnen Union Anarcho-Syndikalisten), FALZ und Klartext (eine Gruppe nicht nur von der Fachhochschule) organisiert. Verschiedene

Flugblätter im A-Amt, vor dem Sozialamt, in der Innenstadt, "Banknoten" als Symbol der Verschuldung der Stadt bei den Banken an einer Leine von ca. 20 Leuten zur Deutschen Bank. Insgesamt waren vielleicht 50 Leute aktiv. Diese drei Gruppen sind die einzigen, die relativ regelmässig Aktionen zur Sozialen Lage machen. Aber auch hier sind die AktivistInnen recht wenige ...

* Haushalt 94

November, Dezember mobilisierten sich SozialarbeiterInnen (darunter verstehe ich hier alle Lehrer, Pädagogen, Erzieher...) gegen die Kürzungen der Stadt in den Einrichtungen. Zwei Demonstrationen zu den Stadtverordnetenversammlungen. Jeweils waren etwa 400 Menschen auf der Straße. Die zweite verlief parallel zu der StudentInnendemonstration. Auf den Kundgebungen wurden jeweils zur anderen Demo etwas gesagt. Trotz gemeinsamen Diskussionen ist es nie gelungen, eine politische Einheit zwischen StudentInnen, SozialarbeiterInnen und Erwerbslosen zu erreichen. Aber die monatlichen Versammlungen der Initiative gegen Sozialabbau waren stark besucht. Drei Monate lang kamen ca 50 VertreterInnen aus den unterschiedlichsten kulturellen und sozialen Projekten, die irgendwie Geld von der Stadt bekommen. Die Kürzungen wurden zurückgenommen, die Verzögerung von Zahlungen, als Druckmittel, usw. bleiben weiterhin bestehen.

* "Gemeinnützige Arbeit"

November. Ins FALZ kamen, seit dem Frühjahr, SozialhilfebezieherInnen und Flüchtlinge, die zu Zwangsdiensten auf Sportplätze geschickt wurden. Mit Hilfe von Medien wurde die Sozialamtsleitung, ÖTV, und die Grünen unter Druck gesetzt. Seitdem versucht die Sozialamtsleitung durch verschiedene Verdeckungsoperationen abzulenken. Fakt ist, daß seit November kaum jemand deswegen zur Beratung kommt, jedoch die Maßnahme weiterläuft. Wir wissen nicht genau warum keine/r mehr kommt. Ob sie nur noch Freiwillige nehmen?

Einiges wird hinter verdeckten Türen verhandelt. Werkstatt Frankfurt, berühmt berüchtigte Firma (Vorstand sowohl Sozialamtsleiter, Gewerkschaftler, ehemaliger Bürgermeister, Gesamtmetallvertreter..) sollte zum Oberträger für die Zwangsdienste werden, will jetzt scheinbar nicht mehr. Paritätischer Wohlfahrtsverband, deren Leiter viel Kritik gegenüber der "Krise der Stadt" äußerte, hält sich auf einmal bedeckt. Werden sie die Träger?

* Kürzungen der Arbeitslosenhilfe und des Arbeitslosengeldes

Januar. Zahlreiche Menschen riefen an, kamen vorbei, eine Gruppe wurde ins Leben gerufen und Widersprüche von Anwälten entwickelt und zusammen mit einem Flugblatt vor dem Amt verteilt. Die Gruppe wurde aber nicht größer. Wir haben ein weiteres Flugblatt geschrieben, in dem wir verschiedene Fragen im FALZ beantworteten. Bewußt nahmen wir was zu unterschiedlichen Themen: Zwangsarbeit, Kürzungen, Flüchtlinge. Oft trennen die politischen Gruppen die Leute je nach Problemen analog zu den Gesetzen. Das ist, politisch gesehen, unsinnig. Dann überlegten wir uns in der Nähe vom Amt regelmäßig einmal im Monat einen Diskussionsstand aufzubauen. Es sollte eine andere Atmosphäre als vor dem Amt sein und gleichzeitig unmittelbar die Leute ansprechen. Vielen ist der Weg zu einer politischen Gruppe zu weit. Bisher haben wir diese Idee nicht verwirklicht.

* Klartextaktionen

Bei Klartext machen sowohl Professoren und StudentInnen der Fachhochschule, die den Leitfaden für Sozialhilfe und das Computerprogramm Soldi herausgeben, als auch andere Leute mit. Ihre Aktionen sind spektakulär, sollen provozieren; haben in der Aktion weniger Interesse an einer Diskussion mit Betroffenen.

Sozialmißbrauch - Vor dem Arbeits-Amt ein gut gedeckter Tisch mit betuchten Damen und Herren.

"Liebe Mitarbeiter, Danke für Ihre Mitarbeit". Durch die Innenstadt wurde ein Bonzenwagen von Erwerbslosen gezogen. Flugblätter zu den Steuererleichterungen für Reiche.

* 8.März

Zwischen 50 und 100 Frauen (Gewerkschaftlerinnen, Einwandererinnen, Autonome) ziehen durchs A-Amt, verteilen ein Flugblatt zu der Benachteiligung von Nicht-EG Arbeiterinnen und gegen den Sozialpaß. Eine einmalige Aktion von den Organisatorinnen, ohne Anspruch an dem Thema politisch dran zu bleiben. Die Motivation kam eher von den Frauen, die mit Kurden und anderen verheiratet sind. So waren sie recht überrascht, welche Macht sie für kurze Zeit im Amt hatten. Das Amt war völlig überrascht und es hätte einiges geschehen können.

* "Erntet eure faulen Früchte selber".

Am 28. April wurde der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Köln Obst und Gemüse vor die Tür geschüttet. Ähnliche Aktion gegen die Zwangsdienste fand vor Monaten bereits in Berlin statt. An der Aktion nahmen nur knappe 20 teil. Das war Absicht, denn das Gebäude befindet sich etwas außerhalb der Kölner Innenstadt und bei einer größeren Mobilisierung hätte es gegen die Bullen durchgesetzt werden müssen und das ist derzeit als nicht realistisch von den OrganisatorInnen eingeschätzt worden. Stattdessen zwei Fernsehteams und eigene Fotografen, Presse.

* FALZ

Die politische- und Beratungsarbeit des FALZ wird von allen Betroffenen gewürdigt. Ins Falz kommen Frauen und Männer, unterschiedlichsten Alters und Paß, bringen Blumen, Kaffee, Spenden mit. Ob wegen Wohnung, Sozialhilfe, Zwangsarrest oder anderen Problemen. Medien wollen ständig Kommentare, laden zu Sendungen ein, auf den Ämtern werden Diskussionen provoziert und mehrere kommen dann zur Beratung ins Falz oder lernen individuell, sich zu wehren. Die Leute aus der autonomen Szene (auch Flüchtlingsinitiativen) verhalten sich wie alle anderen individuell, kommen als Betroffene, eine politische Zusammenarbeit gibt es so gut wie nicht.

* Angestellte

Zu einigen Angestellten in verschiedenen Ämtern bestehen enge Kontakte und es wird gemeinsam über ihre Arbeit, den Widersprüchen innerhalb der ÖTV und die Veränderung im Amt geredet. Die ÖTV hat am 3.5. zum zweiten Mal zu einer Diskussion eingeladen: Staymann als Sozialamtsleiter, einen ÖTV-Funktionär und Ulrich Brachhäuser von der "Quer". Ca 40 Anwesende. Die Sachbearbeiter haben eine sehr rege, konkrete Diskussion angefangen. Einige vertraten die "Gemeinnützige Arbeit" als Hilfe für bestimmte Leute. Einer z.B. gab sich als links, sei wegen der miesen Tarifpolitik

aus der ÖTV ausgetreten. Seine Argumentation war aber eindeutig gegen die Sozialhilfebezieher: "Merkwürdig, kurz nachdem er die 'gemeinnützige Arbeit' antreten sollte, und nicht kam, hat er eine Arbeit gefunden. Vielleicht hatte er sie schon vorher?!"

Andere wiederum waren über die Verwaltungsmethoden, daß von oben Maßnahmen bestimmt werden, die noch nicht mal die Gesetze beachten, bestürzt und fragten sich, warum in Frankfurt überhaupt nicht die Entgeltvariante benutzt wird. (Bei der Entgeltvariante finanziert das Sozialamt ein befristetes Arbeitsverhältnis, dessen Entlohnung und Arbeitsbedingungen den tariflichen Bestimmungen für vergleichbare Arbeitsplätze entspricht). Doch wurde die Werkstatt Frankfurt positiv gesehen, daß sie weniger für den Staat kosten würde wie ein Sozialhilfebezieher. Demnächst gibt es Tarifverhandlungen bei der Werkstatt. Wir können gespannt auf das Verhalten der Ötv sein.

Auffallend war, daß die SachbearbeiterInnen sehr konkret diskutierten, die allgemeinen Thesen des Gewerkschaftsfunktionärs nicht beachteten und daß gegen die Maßnahmen vor allem juristische Einwände und weniger politische von allen Seiten kamen. Stadt und Staat wurden nicht als Kapital, als Chefs dargestellt, die als solche prinzipiell Interesse an billiger Arbeitskraft haben, sondern nur als Verwalter der Gelder.

Im Arbeitsamt soll die Abteilung zu den AkademikerInnen aufgelöst werden. Das kann mit der Einführung von privaten Arbeitsvermittlern zu tun haben. Leistungsabteilung soll ab Januar 95 eingegliedert werden.

* Diskussionen innerhalb der bundesweiten Erwerbslosenbewegung

Auf dem bundesweiten Treffen in Schwerin wurde die Kampagne gegen Zwangsarbeit beschlossen. Aktive politische Gruppen gibt es dazu scheinbar kaum. Die Basta aus Hanau haben den Preis von 1DM auf 4 pro Stunde hochgetrieben, wehren sich aber nach wie vor gegen diesen Zwang. Und sie sind eigentlich auch nur ne kleine Gruppe. Juristische Widersprüche, individuelle Verweigerung sind meist erfolgreich.

* Ernteeinsatz

Aufgefallen ist uns, daß wieder kaum eine Betroffene mitgekriegt hat, daß ein Gesetz verabschiedet wurde. Das Beschäftigungsförderungsgesetz verändert sich gerade weg von Qualifikation und Förderung. Was bisher nur im Bundessozialhilfegesetz stand, wird nun auch hier Gesetz. Sicher ist Papier geduldig. Gegen die Zwangs-Ernteinsätze von Arbeitslosen haben sich die Bauernverbände ausgesprochen. Werden sich dafür Freiwillige finden, wie z.B. die erwerbslosen LandarbeiterInnen - Abwarten?

* Existenzgeld

Die Oldenburger Initiative kritisiert die Kampagne insoweit, daß sie denken, daß eine Kampagne für das Existenzgeld wichtiger wäre. Diese Forderung ist nicht neu und wird international gestellt. Auch angesichts der verschiedenen Modelle der Parteien müßten wir darüber reden. Die BAG gegen Arbeitslosigkeit und Armut haben ein 11 seitiges Thesenpapier dazu herausgegeben.

* Private Arbeitsvermittler. Für die Erwerbslosen haben wir bisher keine direkte Verschlechterung durch die Einführung gesehen.

F, 15.5.94

Neues von "International Workers Aid"

(siehe Subbotnik vom 15.4.94)

Inzwischen haben wir einen mündlichen Bericht von Gerd, einem Berliner Konvoiteilnehmer (aus Hellersdorf in Ostberlin - von einer von IWA unabhängigen Initiative, mit der wir in Berlin zusammenarbeiten) bekommen, der die Grundinformationen über das "multi-ethnische" Zusammenleben in Tuzla bestätigt. Im Folgenden einige notizenartige Auszüge daraus (Stand 9.5.94):

Hellersdorf:

Mit Unterstützung von "Patenschaften für den Frieden", einer Initiative, die über die Grünen läuft und die Partnerschaften anschließt, und mit Unterstützung der PDS-Strukturen im Bezirk (die PDS hatte dort über 30% Stimmen), wurde in Hellersdorf eine Initiative für eine Städtepartnerschaft Hellersdorf/Tuzla gegründet. Das ist inzwischen erfolgreich angelaufen, wir haben mit zwei von denen (Gerd und Ralf, Bezirksverordnete auf der Liste der PDS, einer davon parteilos; beide haben außerdem Kfz-Schlosser gelernt), die bei der NVA die IFA W 50 gefahren hatten, drei dieser LKWs gekauft, und sie haben einen davon mit dem letzten Konvoi nach Tuzla gefahren. Ein LKW war mit Sachen für ihre Initiative beladen, die sie an KiTas, Schulen, eine psychiatrische Klinik für Kriegstraumatisierte (aller "Ethnien") und ein Frauenzentrum verteilt.

Konvois:

Der erste Konvoi war Anfang November 1993 in Tuzla eingetroffen. Dann kam der Schnee und die Angriffe auf Tuzla, und erst mit dem Frühling und der Gründung der kroatisch-bosnischen Föderation wurde der Weg nach Tuzla wieder frei (drei Viertel der Front um Tuzla halten die bosnischen Serben, ein Viertel hatten kroatische Truppen gehalten, das ist jetzt weggefallen). So war es möglich, daß der Konvoi, der am 4. April 1994 hier in Berlin losfuhr (unter Beteiligung der Schweden — hauptsächlich der revolutionär-syndikalistischen Gewerkschaft SAC), am 18. April Tuzla erreichen konnte. IWA hat jetzt ein Lager und ein Hotel in Makarska bei Split gemietet, für die laufend ankommenden großen LKWs und deren Fahrer und BegleiterInnen. Die Ladung wird dann umgeladen auf die drei W 50 plus drei weitere LKWs der Bergarbeitergewerkschaft in Tuzla, die auch kundige Fahrer stellt.

In Split liegen momentan etwa 70 Tonnen Hilfsgüter, die wir jetzt im Pendelverkehr nach Tuzla bringen. Hauptsächlich geht es uns um Medikamente und das "Brot-Projekt": Wir liefern der Bergarbeitergewerkschaft Mehl in großen Mengen, in Tuzla wird daraus Brot gebacken und an die Betriebskantinen und andere gesellschaftliche Orte geliefert, somit also kollektiv verteilt, um das Schwarzmarktrisiko klein zu halten. Außerdem hat das weniger den Charakter des Almosens, ist die Überlegung. Jemand von IWA hält sich ständig in Tuzla auf, zur Koordination aber auch, um sicherzustellen, daß die Lebensmittel die richtigen Adressaten erreichen.

Große LKWs schaffen die Strecke nicht: die normalen Straßen werden entweder von verschiedenen Truppen blockiert oder sind zerstört, es bleibt nur eine von der UNO angelegte Piste, eine sogenannte "Blue Road", die unter dem Schutz der UNO steht, und die sie zur Versorgung ihrer Einheiten benutzt und für Hilfskonvois. Unter anderem müssen drei niedrige Tunnel durchquert werden, ein schwedischer LKW vom November-Konvoi, der auf der Hinfahrt schwer genug beladen gewesen war, war auf der Rückfahrt zu hoch und mußte das Dach seines Kastenaufbaus an der Tunneldecke abreißen, um

überhaupt zurückzukommen. Die Steigungen betragen teils über 50%, manchmal geht es neben der Piste hundert Meter steil in die Schlucht, LKWs, die liegenbleiben, werden dann in die Schlucht gestürzt, damit die Straße nicht blockiert wird.

Das erste Stück Weg wird von der HVO, der kroatischen Armee kontrolliert, man braucht eine UNHCR-Akkreditierung (blue card). Die kroatisch-bosnische Föderation existiert nur auf dem Papier: Die HVO lässt zwar Konvois nach Herceg-Bosna (kroatischer Teil Bosnien-Herzegowinas), versucht dann aber mit allen möglichen Tricks, sie dort festzuhalten, um sie zu zwingen, die Sachen in ihrem Gebiet abzuladen. Alle 30 Kilometer oder so gibt es Checkpoints der UNO, außerdem Kontrollen bei jeder Enklavengrenze, bei jeder Front ...

Die Blue Cards gelten nur für einen Monat oder zwei, drei, je nach dem. Die UNO baut richtige Kleinstädte für ihre Truppen, mit allem, was man braucht, geben aber nichts an die Bevölkerung. Unter den UN-Soldaten (Berufssoldaten) gibt es Sympathien für die Serben, weil die eine professionelle Truppe sind.

Split, Kamensko und Duvno (Tomizlavgrad) waren okay. Als sie durch Gornij Vakuf kamen, waren nur ein paar Häuser beschädigt, auf der Rückfahrt war der ganze Ort zerstört, angeblich durch inner-bosnisch/moslemische Konflikte. In Vitez sitzen UN-Truppen der Francokanadier und Briten, dort gab es Konflikte zwischen Kroaten und Bosniern. Bei Vitez gibt es die sogenannte "Bonbonallee": Kinder sitzen an der Straße winken und betteln, teils aus Hunger, teils um Schokolade usw., die Dörfer auf dem Weg werden bei den Hilfslieferungen oft "vergessen". Dann gibt es die sogenannten "Springer": Kinder und Jugendliche fahren langsam mit einem Trecker die Straße lang, lassen sich von einem Konvoi überholen, springen dann auf den letzten LKW und werfen die Ladung auf die Straße. Die Fahrer versuchen, sie durch ruckartiges Bremsen und Gas Geben abzuschütteln. Bei unserem Konvoi fuhr als letzter der LKW mit dem Metallkastenaufbau, an den kamen sie nicht ran. Gerd meinte, das wäre eine widersprüchliche Sache, aber schließlich sollten die Sachen nach Tuzla ... (Auf dem Rückweg bekamen dann Schweden und Dänen ihr privates Gepäck auf diese Weise vom Planen-LKW geklaut!).

Tuzla war kaum zerstört, die Neustadt völlig okay, nur das Industriegebiet zerstört. In der Stadt liegt das Nordic Bataillon der UNO (skandinavische Truppen). Die meisten anderen Konvois gehen in kroatische Gebiete, Restbosnien wird kaum versorgt. In Tuzla kam erst zwei Tage nach der Ankunft des IWA-Konvois der nächste Konvoi (von muslimischen Händlern, die das Preisgefälle nutzen. Die Schwarzmarktpreise sind seither auf die Hälfte gesunken, aber immer noch sehr hoch!) mit 5 LKWs; Tuzla wird also nach wie vor kaum versorgt.

Bürgermeister Bezagic steht deswegen politisch oft auf der Kippe, weil kaum was reinkommt. Die bosnische Zentralregierung in Sarajevo (SDA – Izetbegovic, muslimische Partei) ist gegen die PDS-Regierung (PDS – Sozialdemokraten, ex-KommunistInnen; regieren in Koalition mit einer liberalen Wirtschaftsreformpartei) in Tuzla, fordert kein "Air drop" (Luftabwürfe von Hilfsgütern) aus der BRD für Tuzla an, damit Sarajevo (Regierungssitz, Hauptstadt) mehr bekommt.

Das politische Spiel hängt damit zusammen, daß zu 130 000 "multi-ethnisch" zusammengesetzten EinwohnerInnen von Tuzla noch etwa 150 000 Flüchtlinge aus der Umgebung, also von den Dörfern, kommen, die jetzt in der Stadt leben. Sie fallen nicht auf, weil sie fast alle privat untergebracht sind. Bei fast jeder Tuzlaer Familie ist jetzt eine Flüchtlingsfamilie einquartiert, meist auf freiwilliger Basis. Die "Dörfler" sind wohl eher

muslimisch drauf und bereit, sich auf Spaltungsspiele einzulassen; so soll die "linke" Regierung von Tuzla unter Druck gesetzt werden.

Der Flughafen von Tuzla ist nicht offen! Pro Tag erlauben die bosnisch-serbischen Truppen nur je ein Flugzeug (etwa 10 Tonnen Hilfsgüter) aus Zagreb und Split. Je näher der Konvoi nach Tuzla kam, desto bedürftiger wirkten die Menschen.

In Tuzla wurde der Konvoi von Massen von Kindern empfangen, die auf der Straße leben. Sie holten dann Bürgermeister und Gewerkschafter. Niemand verhungert in Tuzla, aber Lebensmittel sind knapp. Trotzdem waren die Leute unwahrscheinlich gastfreundlich, karrten ihnen die besten Sachen an, die sie hatten. Das Beste für den Gast! Es gab einen Empfang mit ParlamentarierInnen und PolitikerInnen, den Leuten von IWA und denen aus Hellersdorf. Letztere brachten dann ihre Sachen ins Logistikzentrum. Man gab ihnen dort dafür Bezugsscheine, die sie am nächsten Tag dann zu den ausgewählten Projekten brachten, (wird gemacht wegen Spritknappheit, um die Transporte in der Stadt zu rationalisieren), zusammen mit Briefen von den Projekten zuhause. Sie konnten sich später davon überzeugen, daß die Sachen wirklich ausgehändigt wurden.

"In Tuzla leben immer noch alle friedlich zusammen." (Gerd) Es gibt ein "multi-ethnisches" Frauenprojekt, das auch "serbische" Frauen gegen nationalistische Anpöbeleien verteidigt, usw.. Dort haben sie ihre Saatkartoffeln gelassen. Einer kleinen psychiatrischen Klinik haben sie die 150 Decken gebracht, die PatientInnen (statt sonst 50 jetzt 150, viele von ihnen durch den Krieg traumatisiert; darunter auch "serbische" Soldaten, die an Massakern teilgenommen und das nicht verkraftet hatten – "die Serben" wollen sie nicht zurückhaben, sondern lieber darüber Tuzla aushungern und spalten) hatten nur welche, die hier gerade noch als Putzlumpen durchgehen würden. Außerdem ließen sie dort einen Rollstuhl, der sehr gebraucht wird, und Familienpakete, die eine 80-jährige Frau aus Wilmersdorf gesammelt hatte, unter der Bedingung, daß sie an das Personal der Klinik gehen, denn "die bekommen ja nie was". Das Personal von Schulen und Kliniken hatte im Winter in den Einrichtungen gelebt, es wird nicht bezahlt, bekommt nur Bezugsscheine für Verpflegung usw..

Zucker kostet 50 DM pro Kilo, Mehl 25 DM, eine Schachtel Zigaretten 25 DM. Die D-Mark ist die offizielle Währung in Bosnien, Preise werden in DM ausgezeichnet (in Kroatien dagegen muß man tauschen). Erst seit zwei Wochen gibt es wieder Strom in den Haushalten, Wasser seit einer Woche. Das Kraftwerk arbeitet wieder, Salz und Kohle wird gefördert (Wir überlegen jetzt, "Soli-Salz aus Tuzla" hier zu verkaufen, um Spenden zu sammeln). Im Tuzlaer Lokalferschen und im Radio wurde drei mal über den Konvoi von IWA und Hellersdorf berichtet.

Zur politischen Lage in Tuzla: In der Kriegszeit gab es nochmal eine Wahl, die die Parteien mit einem "multi-ethnischen" Konzept bestätigte. Laut Gerd ist das Konsens, und Tuzla ist kein rechtsfreier Raum, es herrscht nicht das Recht des Stärkeren.

Die Versorgungslage von Tuzla ist immer noch kritisch, alle Kriegsparteien stehen gegen die Leute dort. Ich weiß noch nicht mehr über die soziale Situation dort, im Moment ist jemand von IWA aus Berlin in Tuzla mit einem Konvoi, er wird hoffentlich bald Genaueres berichten können. Die wichtigsten Fragen sind wohl: Wie sieht es sozial und politisch in Tuzla aus? Gibt es innere Klassenkonflikte? Und: Was für eine "serbische" Front belagert Tuzla und schießt auf die Stadt? Die BergarbeiterInnen bezeichnen sie als "Faschisten", was heißt das? Was ist mit der kroatisch-bosnischen Föderation, was heißt das für die ArbeiterInnen in Tuzla und den anderen Regionen?

T.I.M.